

Tages- protokoll

32. Bundesparteitag

11. Mai 1984

Stuttgart

**3. Tag
Europatag**

CDU



***Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.***

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Weiss-Druck+Verlag GmbH & Co. KG
Industriestraße
5108 Monschau-Imgenbroich
Telefon 0 24 72 / 82 - 0

Bestell-Nr.: **3566/3**

**32. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Stuttgart, 9. - 11. Mai 1984

3. Tag

Dritter Verhandlungstag

Freitag, 11. Mai 1984

4. Plenarsitzung
Beginn: 9.42 Uhr

Kurt Wawrzik, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung. Ich begrüße Sie alle recht herzlich und hoffe, daß Sie sich von der gestrigen Nachtsitzung erholt haben. Die Antragsfrist für die Europa-Erklärung wird noch einmal bis 10.30 Uhr verlängert, um vor allem unseren Freunden aus dem Bereich Agrarpolitik noch die Gelegenheit zu geben, eine Entschließung einzubringen.

Der Tagesordnungspunkt 6, Grußworte, entfällt, da Herr Bildt, Reichstagsabgeordneter aus Schweden, nach Schweden zurückgerufen wurde.

Ich rufe deshalb nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

EUROPA BERATUNG DES WAHLAUFRUFS DER CDU ZUR EUROPAAWAHL

Ich erteile das Wort dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, unserem Freund Egon Klepsch.

(Beifall)

Dr. Egon Klepsch: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte des Bundesparteitages! Mir ist die Aufgabe zuteil geworden, dem Parteitag unser Wahlmanifest zur zweiten europäischen Direktwahl vorzulegen. Dabei bin ich mir bewußt, daß wir europäischen Christlichen Demokraten, zusammengeschlossen in der Europäischen Volkspartei, bei unserem Kongreß in Rom im April bereits unser gemeinsames Programm für die zweite Legislaturperiode beschlossen und vorgelegt haben, das wir ebenso gemeinsam tragen werden wie das erste Programm, unter dem wir 1979 angetreten sind.

Dieses Wahlmanifest verabschieden und diskutieren wir in einer Zeit, in der ganz sicher eine Fülle von Kritik an der Europäischen Gemeinschaft, an der europäischen Einigungspolitik, an all den an Widerwärtigkeiten und Brethaftigkeiten gescheiterten Gipfeln vorliegt. Aber, meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, den Blick in die Zukunft zu richten, uns über den Tellerrand des Tages hinausblickend dafür einzusetzen, daß die europäische Einigung vorankommt.

So stelle ich die Frage: Warum wollen wir denn eigentlich Europa und die Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik?

Wer eine Landkarte zur Hand nimmt, eine Weltkarte aus dem Jahre vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und sie mit einer von heute vergleicht, der wird unschwer erkennen, welche gewaltige Veränderung sich vollzogen hat. Die alten europäischen Kolonialreiche, die die Macht und Handelsströme bildeten und an sich zogen, sind verschwunden. An ihrer Stelle steht heute Europa in einer sich neu strukturierenden Welt, eingeklemmt zwischen großen Supermächten politischer und wirtschaftlicher Art.

Mehr denn je müssen sich deshalb heute die europäischen Völker und Staaten an der neuen Weltlage orientieren und ihre Kräfte zusammenfassen. Wir waren einmal der Nabel der Welt, aber heute drohen wir in eine gefährlich periphere Position zu geraten.

Die Politik der Einigung Europas war die richtige Antwort auf die Nachkriegssituation. Und sie ist auch die richtige Antwort auf die heutige Situation.

Vieles ist erreicht worden, was wir nicht aufgeben wollen. Europa ist eine Insel des Friedens, die beinahe 40 Jahre in Folge der europäischen Einigungspolitik unter dem Schutze der NATO, des Bündnisses, weder nach innen noch nach außen militärische Konflikte gekannt hat - zu einer Zeit, da gleichzeitig über 150 Kriege in der Welt stattfanden und stattfinden. Diese Insel der Freiheit wollen wir uns bewahren. Europa ist aber auch eine Insel der Menschenwürde und der Freiheit, die sich in Folge der europäischen Einigungspolitik durch demokratische Ordnung und eine Rechtsordnung auszeichnet, in der Konflikte und Streitigkeiten auf der Grundlage von Verträgen und Gerichtsentscheidungen beigelegt werden, eine Insel der Freiheit, die dem einzelnen und den Gruppen ein Höchstmaß an Freiheitsrechten und sozialer Sicherheit schenkt.

Dieses Europa ist auch ein Träger des Fortschritts, der für die friedliche Entwicklung in dieser Welt ein funktionierendes Modell freiwilligen Zusammenschlusses souveräner Staaten zu einer Gemeinschaft präsentiert.

(Beifall)

Und ich darf nun in Anwesenheit des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, sagen: Der Gemeinsame Markt, die gemeinsame Politik, der Agrarmarkt, die Zollgemeinschaft haben uns eine wirtschaftliche Position ermöglicht, die die europäischen Staaten der Welt von heute einnehmen. Wir tragen eine besondere Verantwortung für die Völker der Dritten und der Vierten Welt. Um den Nord-Süd-Konflikt zu überwinden, werden gemeinschaftlich neue Wege beschritten.

Wir sind uns auch der Verantwortung bewußt, die dieses Modell der Freiheit auch für die Völker Ost-Mittel-Europas hat, auch für die Deutschen in Mitteldeutschland, alle die, die in Bürgerrechtsbewegungen um ihre Freiheitsrechte kämpfen, und alle die, die gern mit uns gemeinsam eine noch größere europäische Gemeinschaft bilden würden.

Allerdings, meine Damen und Herren, durchläuft Europa gegenwärtig eine Periode der Stagnation, die Mitte der 70er Jahre begann und noch immer anhält. Sie muß überwunden werden. Wegen des mangelnden Fortschritts ist das vorher Erreichte vielen schon zu selbstverständlich geworden. Da es spektakuläre Weiterentwicklung nicht gegeben hat und neue wirtschaftliche Probleme aufgetreten sind, droht die Gemeinschaftspolitik - und die letzten Auseinandersetzungen im Ministerrat haben dies deutlich gemacht - zu einer ständigen Streiterei über den größtmöglichen Anteil der Mitglieder am Gesamtkuchen zu werden.

Daher begrüßen wir die angekündigte Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Weiterführung der Gemeinschaft auf die politische Union hin, die in Absprache besonders mit Präsident Mitterrand noch in diesem Jahr wirksam werden sollte. Auch hier setzt sich die neue Bundesregierung dafür ein, erstarre Strukturen in Bewegung zu bringen - zu unser aller Vorteil. Es war richtig, in Stuttgart die Probleme

der Gemeinschaft zu einem Paket zu verschnüren. Nur wenn alle Konzessionen und Vorteile in die Gesamtlösung eingehen, ist Einigung möglich. Trotz der noch offenen Frage der Ausgleichszahlung für Großbritannien bestehen gute Aussichten, daß dieser Fragenkomplex insgesamt noch in der ersten Hälfte dieses Jahres gelöst wird.

Aber damit, meine Freunde, ist die Stagnation noch nicht überwunden. Was sind denn die Hauptaufgaben, die wir Christlichen Demokraten für die nächste Legislaturperiode im Europäischen Parlament uns zu stellen haben?

Drei möchte ich besonders hervorheben.

Erstens. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erreichen, die unseren relativen Wohlstand erhält, die Konkurrenzfähigkeit in der Weltwirtschaft entwickelt und somit auch unser soziales Sicherungssystem gewährleistet. Dazu sind gemeinsame wirtschaftliche Maßnahmen erforderlich. Heute laufen die Wirtschaftspolitiken noch zu weit auseinander. Wir müssen vor allem den Binnenmarkt von den nichttarifären Handelshemmnissen befreien, die uns gegenwärtig jährlich mindestens 30 Milliarden DM kosten. Die Grenzen müssen für Menschen und Güter passierbarer werden. Es ist illusionär, die eigene Wirtschaft losgelöst von der der Nachbarn, die mit uns in der Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, zu sehen. Wir müssen in Wissenschaft, Technik, Forschung und vor allem bei der modernen Technologie so eng zusammenarbeiten, daß wir nicht weiter zurückfallen, sondern im Weltmaßstab gemeinsam aufholen. Wir brauchen eine gemeinsame Verkehrs- und Energiepolitik und Ansätze zu einer gemeinsamen Industriepolitik, wofür sich die Rüstungszusammenarbeit als Ansatz eignet.

Zweitens. Die grenzüberschreitenden Probleme des Umweltschutzes, sowohl in den Fragen der Luft- wie in den Fragen der Wasserverschmutzung, sind nur gemeinschaftlich zu lösen. Wir wissen wohl, daß 50 % der Verschmutzung von außen zu uns kommen. Aber unsere Nachbarn haben das gleiche von uns zu erleiden. Gemeinsame Regelungen müssen die Nachbarländer der EG in Ost und West einbeziehen. Auch hier hat die Bundesregierung durch ihre Entscheidungen geholfen, das Tor für die Diskussion über die Zukunftslösungen aufzustoßen.

Drittens. Wir brauchen dringender denn je eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade weil uns das Dach der NATO Schutz bietet, ist es erforderlich, zur Abstimmung und Durchsetzung der gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Gemeinschaft den europäischen Pfeiler der NATO aufzurichten. Europa muß in der Weltpolitik mit einer Stimme sprechen, wenn es seine Interessen wahrnehmen will. Ein Sekretariat des Rates unserer zehn Regierungen sollte die überfällige Entwicklung auf den Weg bringen.

Ausschlaggebend aber ist, daß wir die politische Einigung Europas weiterbringen. Und dafür ist ausschließlich der politische Wille entscheidend.

Wie kommen wir voran? Als Basis muß uns das Erreichte dienen. Es wird in den letzten Jahren immer wieder über die EG-Mitglieder gesprochen, die aus der Gemeinschaft austreten wollen. Wir sollten alle fragen, aber mir scheint sicher zu sein, daß keiner beabsichtigt, die Vorteile der Gemeinschaft tatsächlich preiszugeben. Zwei Parteien, die britische Labour-Partei und die griechische sozialistische PASOK, haben nationale Wahlen mit der Parole gewonnen, aus der EG austreten zu wollen. Nach gewonnener Wahl haben sie diese Ankündigung unter zum Teil merkwürdigen Verrenkungen vergessen. Wir müssen Geduld miteinander haben,

auf der Erfüllung von Vertragsverpflichtungen bestehen, aber niemand hinausdrängen wollen.

Wenn aber nicht alle voranschreiten wollen, dann sollen und müssen die vorangehen, die bereit sind, über das Erreichte hinaus neue Politiken einzubeziehen und neue Gemeinsamkeiten zu errichten.

(Beifall)

Daß das geht, zeigt das Beispiel des Europäischen Währungssystems. Es hat sich trotz mancher Schwierigkeiten bewährt und seine Anziehungskraft auch auf die erstreckt, die nun doch noch beitreten wollen oder es später erst werden tun können.

Für das Funktionieren dieser Gemeinschaft ist die Erfüllung einiger Forderungen von ausschlaggebender Bedeutung. Erstens: Der Entscheidungsmechanismus des Ministerrates muß den modernen Erfordernissen entsprechen, d.h., daß das System, alle Entscheidungen einstimmig treffen zu wollen, sich als unbrauchbar erwiesen hat und ein unerträglicher Hemmschuh der Gemeinschaft geworden ist.

(Beifall)

Dieser unerträgliche Hemmschuh der Gemeinschaft würde nach einem Beitritt von Spanien und Portugal zusätzliche, nahezu unüberwindliche Hindernisse aufürmen.

Es gibt dafür im Augenblick zwei Lösungsmöglichkeiten. Die eine ist, einfach zu den Mehrheitsentscheidungen gemäß dem Vertrag zurückzukehren. Sollte der Rat das nicht fertigbringen, ist die andere Lösungsmöglichkeit der ergänzende Vertragsentwurf, den das Europäische Parlament vorgelegt hat und den die Europäische Volkspartei einmütig getragen hat. Die nationalen Parlamente beschäftigen sich im Augenblick mit diesem Entwurf. Mancher, der ihn zunächst belächelt hat, ist dahintergekommen, daß der Konsensus sehr praktikable Lösungsvorschläge enthält, die uns aus dieser Situation herausbringen können.

Zweitens braucht das Europäische Parlament mehr Kompetenzen, um das demokratische Leck, das die Europäische Gemeinschaft heute hat, schließen zu können. Parlamente sind überall dazu da, die Mächtigen zu kontrollieren. Zwar verfügt das Europäische Parlament über Kontrollbefugnisse gegenüber den Eurokraten der Kommission; aber die Eurokraten des Rates arbeiten weitgehend in einer Grauzone ohne Kontrolle. Sie machen sich vielleicht nicht klar, daß die Kontrolle durch die nationalen Parlamente, die theoretisch dafür zuständig sein könnten, undurchführbar ist. Die Gesetzgebungsbefugnis muß mindestens die Qualität der Mitentscheidung haben. Wir müssen die Situation überwinden, daß zwar 90 % der Änderungsvorschläge des Parlaments in die Gesetzgebung Eingang finden, daß dies aber ohne Einfluß auf die Zahl der vom Rat zurückgestellten und nicht getroffenen Entscheidungen bleibt.

In den Bereichen, in denen die nationalen Parlamente die Zuständigkeit an die Gemeinschaft verloren haben, wie etwa im Bereich des Außenhandels, muß das Europäische Parlament die volle Kompetenz des parlamentarischen Ratifikationsorgans erhalten. Das gesamte Haushaltsrecht muß parlamentarischer Zuständigkeit unterworfen werden; denn gerade beim Haushalt hat das Europäische Parlament bewiesen, daß es verantwortlich arbeitet. Bis 1983 ist der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften wohl der einzige auf allen Ebenen der Gemeinschaft gewesen, der

in Einnahmen und in Ausgaben ausgeglichen war, und das, obwohl durchaus neue Politiken initiiert und eingeleitet wurden. Die Schwierigkeiten, in die wir mit dem Haushaltsausgleich 1984 geraten sind, hat ausschließlich der Ministerrat zu verantworten, der die Warnungen und Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Bereinigung der Strukturprobleme in den Wind geschlagen hat, weil er sich nicht zu einigen vermochte.

Das Europäische Parlament hat gut gearbeitet. Es hat seine Aufgabe, Organ der Gemeinschaft zu sein, erfüllt. Es hat sich bemüht, die Gemeinschaftsinteressen zu definieren und politische Mehrheiten für seine Lösungsvorschläge zu finden. Schon nach kurzer Zeit war das Parlament, das 434 Abgeordnete aus zehn Ländern und 58 Parteien umfaßte, arbeits- und konsensfähig, vor allem durch das Beispiel der Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Drittens brauchen wir mehr Handlungsspielraum für die Kommission, um flexiblere Antworten auf auftretende Probleme geben zu können. Wir wünschen uns, daß sich die Kommission wieder stärker auf die Aufgabe konzentriert, die sie hat, nämlich Wahrer der Interessen der Gemeinschaft zu sein.

Unsere Bürger müssen Europa mehr selbst erleben können. Ein europäischer Paß erfordert vor allem die Beseitigung der Personenkontrollen für die EG-Bürger an den Binnengrenzen.

(Beifall)

An diesen Binnengrenzen müssen auch die anachronistischen Zollschilder verschwinden und durch die Bezeichnung "Staatsgrenze" ersetzt werden.

(Beifall)

Bagatelquerelen, die der Bürger heute an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft erlebt, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

(Beifall)

Ich hielte es für sehr gut, Herr Bundeskanzler, wenn die Bundesrepublik Deutschland einen entscheidenden Anstoß geben würde, indem sie sich mit den drei Benelux-

staaten zu einer Benelux zusammenfinden würde, deren Attraktivität ganz sicher in kurzer Zeit auch Frankreich zum Überdenken seiner Position bringen könnte.

(Beifall)

Unsere Bürger brauchen mehr Information darüber, was in Europa geschieht und was die Europäische Gemeinschaft für sie tut. Unterstützungsmaßnahmen, die von der Europäischen Gemeinschaft gefördert werden, sind nirgends durch Plakate oder Schilder kenntlich gemacht - wie bei den Zuschüssen, die man vom Bund oder Land bekommt.

Die Freizügigkeit muß durch die Anerkennung der Prüfungen und Diplome auf Gegenseitigkeit verbessert werden. Aber vor allen Dingen muß der riesige Formularkram für Güter und Menschen an den Binnengrenzen der EG drastisch reduziert werden.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat auf allen diesen Feldern Aktivitäten und Aktionen eingeleitet. Das erkennen wir an.

Bei den bevorstehenden zweiten Direktwahlen hat der Bürger drei große Entscheidungen zu treffen, einmal die Entscheidung, ob er die politische Einigung Europas trotz aller Querelen weitergeführt sehen will. Es wird in Europa immer gesagt, daß es zu dieser europäischen Einigung keine Alternative gibt. Mit diesem Satz ist gemeint, daß es für die freiheitlich rechtsstaatlich demokratische Ordnung in Europa keine andere Zukunft als die Vollendung der politischen Einigung Europas gibt. Gerade weil der Gedanke der europäischen Einigung von unseren Gegnern so heftig attackiert wird und oft kleinliche Interessenargumente die Einsicht trüben, ist es erforderlich, sich bei dieser Wahl zur Einigung Europas zu bekennen.

(Beifall)

Zum zweiten. Wir wählen in dieser zweiten Direktwahl das demokratische Kontrollorgan, das wir gegenüber den Mächtigen stärken müssen. Es wäre ein Widersinn, wenn wir aus Arger über das Versagen der Mächtigen den Kontrolleuren, die unsere Interessen vertreten, die Chance zum Ausbau ihrer Position beeinträchtigen würden. Wir wollen, daß Europa eine komplette demokratische Struktur bekommt.

Zum dritten. Wir entscheiden bei diesen Wahlen über die politische Linie, die das Europa von morgen kennzeichnen soll. Es wird sich zeigen, ob die Kräfte der Europäischen Volkspartei das Mandat erhalten, die Struktur des europäischen Einigungswerks zu bestimmen, oder ob wir uns für die Position der Zukunft mit einer Mehrheit aus Sozialisten, Kommunisten und Alternativ-Grünen auseinandersetzen müssen. Wähler, die sich an dieser Wahl nicht beteiligen, verschulden die mögliche Herrschaft einer Linksmehrheit.

(Beifall)

Wer den Denkkettelparolen der Sozialdemokraten und GRÜNEN, gegen die Regierung Kohl zu stimmen, folgt, erreicht die Schwächung der Regierung Kohl hier in Deutschland und in Europa. Niemand darf vergessen, daß die GRÜNEN stets zur Wahl gehen, daß also die Wahlbeteiligung ausschlaggebend für ihren Machtanteil ist. Je mehr Freunde der Union zur Wahl gehen, desto schlimmer für die Verächter Europas! Lassen Sie mich eines klar sagen, meine Damen und Herren: Die Wahlbeteiligung entscheidet nicht über die Kompetenz des Parlaments.

Sie entscheiden aber darüber, wer in diesem Parlament das Sagen hat und in welche Richtung die künftigen Entscheidungen Europas gehen. Meine Damen und Herren, deshalb sind wir entschlossen, das Tor in die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft aufzustoßen. Wir wollen unter der Europäischen Volkspartei, die von Leo Tindemans geführt wird, und mit Helmut Kohl an der Spitze der CDU bei dieser Wahl eine Chance und ein Mandat, unsere gemeinsame Zukunft durch die Fortführung der europäischen Einigung zu sichern.

(Anhaltender Beifall)

Kurt Wawrzik, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Egon Klepsch. Wir danken nicht nur

für Deine Ausführungen. Ich möchte auch die Gelegenheit benutzen, Dir für Deine Mühe und Deine Verdienste, die Du Dir als langjähriger Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament erworben hast, aber auch für Deine Tätigkeit als Vizepräsident des Europäischen Parlaments zu danken. Ich glaube, wir alle können davon ausgehen, daß Du auch nach der Neuwahl Deine Arbeit für Europa in diesem Parlament an hervorragender Stelle weiterführen kannst.

(Beifall)

Ich begrüße an dieser Stelle recht herzlich zwei Freunde, zum einen den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, unseren Freund Minister Dollinger,

(Beifall)

zum anderen - ebenfalls von der CSU - unseren Freund Minister Tandler.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte nun den Vorsitzenden aller europäischen Christdemokraten und damit auch unseren Vorsitzenden und gewissermaßen den Vorsitzenden der CDU recht herzlich bei uns begrüßen: Ich erteile Leo Tindemans das Wort.

Leo Tindemans (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Lieber Helmut! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Damit wir uns gleich richtig verstehen: Die Anrede "liebe Freunde" ist nicht als eine der alltäglichen Floskeln gemeint. Ich will damit sagen, daß ich mich bei Ihnen gut aufgehoben und wie zu Hause fühle, eben wie unter guten Freunden.

(Beifall)

Denn ich spreche zu den Delegierten einer der größten Mitgliedsparteien unserer Europäischen Volkspartei. Ihr Vorsitzender hat die CDU als Landesverband der Europäischen Volkspartei bezeichnet und damit eine korrekte Parallele beschrieben. Die Landesverbände der CDU haben ihre volle Autonomie, wo es um die Politik in ihrem jeweiligen Bundesland geht. In den nationalen Belangen handelt die CDU als Bundespartei, wobei sie sich mit ihren Landesverbänden einig weiß.

Die gleiche Konstruktion und Verfahrensweise finden Sie in der Europäischen Volkspartei. Die zehn Mitgliedsparteien in acht Ländern der Europäischen Gemeinschaft handeln in ihren nationalen Bereichen völlig autonom. Für die Politik in der Europäischen Gemeinschaft haben wir gemeinsame Positionen erarbeitet, die von der Europäischen Volkspartei und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament vertreten werden, und zwar in beachtlicher Einmütigkeit zwischen allen Mitgliedsparteien.

Das Politische Bureau, das Vorstandsgremium der Europäischen Volkspartei, hat sich in einer Vielzahl von Resolutionen und Presseerklärungen zu wichtigen Fragen und Ereignissen geäußert. Beim 5. Kongreß Anfang April in Rom haben wir ein Aktionsprogramm und einen Aufruf an die Bürger einstimmig verabschiedet. Unsere Fraktion im Europäischen Parlament hat in allen wesentlichen Abstimmungen geschlossen gestimmt, während die übrigen Fraktionen regelmäßig auseinanderfallen und unterschiedlich stimmen.

Diese Geschlossenheit hat die EVP-Fraktion zum ausschlaggebenden Stabilitätsfaktor im Europäischen Parlament gemacht. Ohne die EVP-Fraktion - und erst recht gegen sie - läuft im Europäischen Parlament nichts.

(Beifall)

Den besten Beweis dafür hat die Entscheidung über den "Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union" am 14. Februar dieses Jahres erbracht: Als einzige stimmte die EVP-Fraktion ohne Ausnahme für den Entwurf, der dadurch mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde. Ohne die Europäische Volkspartei wäre diese zukunftsweisende Initiative schmachvoll untergegangen.

Schon vor der Abstimmung hatte das Politische Büro der Europäischen Volkspartei in seiner Sitzung am 7. Februar in Bonn die Mitgliedsparteien aufgefordert,

sofort alle notwendigen Initiativen zu ergreifen, um die Ratifizierung des Entwurfs eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union durch eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu fördern.

Inzwischen ist der Entwurf in Italien und in Belgien zur Diskussion in die nationalen Parlamente eingebracht worden; weitere Parlamente werden folgen, gewiß auch der Deutsche Bundestag.

Viel wird natürlich davon abhängen, daß die Gemeinschaft überhaupt lebendig und aktionsfähig bleibt und ihre Probleme - der Finanzierung des Agrarmarktes usw. - kurzfristig löst. Hierzu leisten wir, insbesondere diejenigen unter uns, die Regierungsverantwortung tragen, unseren Beitrag.

Wir stehen in der Stunde der Wahrheit.

Mit dem Unions-Entwurf des Europäischen Parlaments ist unmißverständlich die Frage nach der Bereitschaft gestellt, auch die politische Einheit zu vollziehen. Die Frage richtet sich an alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft wie auch an alle in ihnen lebendigen politischen und sozialen Kräfte.

Die Europäische Volkspartei hat diese Frage positiv beantwortet. Wir sind zur Politischen Europäischen Union bereit. Die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen ist unser Ziel. Wir sind entschlossen, mit all jenen, die ebenso wie wir weitergehen wollen, auf diesem Weg voranzuschreiten. Europa kann nicht ewig warten.

(Beifall)

Kleinmütige werden uns als Phantasten bezeichnen, da doch die Lage, in der wir die Gemeinschaft sehen, keine Zukunftsperspektiven erkennen läßt.

Wir wissen es alle: Die Europäische Gemeinschaft befindet sich, unmittelbar vor der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments, in einer schlechten Verfassung. Das Scheitern der Tagungen des Europäischen Rates in Athen und in Brüssel hat eine tiefgreifende Krise offenbart, die von allen Verantwortlichen zunächst einmal eine Gewissenserforschung verlangt. Denn diese Krise hat ihre Ursachen nicht in irgendwelchen anonymen Umständen oder in unumstößlichen Tatbeständen, sondern in einem Mangel an Mut, im Fehlen des politischen Willens und in der verweigerten Bereitschaft zum Kompromiß.

Meine lieben Freunde, das deprimierende Schauspiel, das wir in den letzten Monaten und Wochen erlebt haben, einige von uns auch physisch erleiden mußten, darf uns jedoch nicht resignieren lassen. Es gibt nach wie vor Hoffnung für Europa. Sie gründet sich zuallererst auf unsere eigene Entschlossenheit, unser Ziel nicht aufzugeben, nämlich Europa zu einigen, um den Frieden zu wahren und die Freiheit in Gerechtigkeit zu sichern.

Und diese Hoffnung gründet sich darauf, daß keine Regierung eines Mitgliedstaates unserer Gemeinschaft es sich letztlich leisten kann, das Scheitern des Einigungswerkes, das in 30 Jahren zustande gebracht wurde, zu verantworten. Ich weiß wohl, daß man es im Leben oft mit Spielverderbern zu tun hat, aber sie dürfen die Spielregeln unserer Zusammenarbeit nicht bestimmen.

(Beifall)

Meine Hoffnung gründet sich aber nicht zuletzt auf die Bürger Europas, die es sicher nicht zulassen werden, daß ihre Gemeinschaft durch Entscheidungsschwäche oder durch Kurzsichtigkeit zerfällt.-

Gewiß, die Probleme, vor denen die verantwortlichen Politiker und insbesondere die Regierungen in unseren Ländern heute stehen, sind besonders groß und besonders schwer zu lösen: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, leere Kassen, Schäden an unserer Umwelt, interne Spannungen, Verwirrung, Ungewißheit. All dies hat einen starken und anhaltenden Druck hervorgebracht. Er lastet auf den Regierungen wie auf den Menschen in Europa, die zudem von einer internationalen Konstellation verunsichert sind, die viele Risiken in sich birgt.

Dennoch, meine Damen und Herren, liebe Freunde: Ich bin fest davon überzeugt, daß wir auch diese Situation meistern können, wenn wir zusammenstehen. Wir haben erlebt, daß jeder für sich die Lösung seiner Probleme nicht findet. Wir haben aber auch erlebt, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, mit denen wir es im Laufe der letzten 30 Jahre immer wieder zu tun hatten, regelmäßig durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden konnten.

Manche dieser Probleme waren ihrem Charakter und ihrer Dimension nach nicht weniger bedeutend als die heutigen. Auch darauf gründet sich meine Hoffnung. Schließlich fehlen uns heute weder die Verfahren noch die Instrumente zur Problemlösung; sie stehen alle wie eh und je zur Verfügung, nicht zuletzt durch die Gemeinschaftsverträge.

Auch wir, die Christlichen Demokraten der Europäischen Volkspartei, müssen uns der notwendigen Gewissenerforschung stellen und daraus die fälligen Konsequenzen ziehen. Die europäischen Bürger, die im Juni zur Wahl gehen werden, sollen wissen, woran sie sind, wenn sie den Kandidaten der Europäischen Volkspartei ihre Stimme geben.

Wir müssen, um weiterzukommen und um Lösungen zu finden, unbedingt auf den festen Boden der feierlich vereinbarten, nach wie vor geltenden Verträge zurückkehren.

(Beifall)

Wir müssen der Europäischen Gemeinschaft über die Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme hinaus wieder eine Perspektive geben.

Wir müssen das nach wie vor lebendige, jedoch immer noch unartikulierte europäische Bewußtsein der Menschen in unseren Ländern, ihren Willen und ihre Bereitschaft zur Einheit mobilisieren und stärker in den politischen Integrationsprozeß einbeziehen.

Jeder hat inzwischen einsehen können, daß uns die Methode der Umgehung oder des Unterlaufens der kommunitären Spielregeln nicht weitergebracht, sondern in eine Sackgasse geführt hat. Der erfolgreiche Aufbau der Gemeinschaft ist ermöglicht und ihre Dynamik über viele Jahre hinweg bewirkt worden durch die Effizienz eben dieser Spielregeln. Es ist falsch, nur von Sonderräten nationaler Minister oder vom Rat der Staats- und Regierungschefs oder von einer nationalen Präsidentschaft die Entwicklung von Gemeinschaftslösungen zu erwarten. Gemeinschaftslösungen müssen von dem dafür geschaffenen und zuständigen Gemeinschaftsorgan vorbereitet werden. Das ist die Kommission.

Wir wären, glaube ich, ein gutes Stück weiter, wenn auch nur ein Teil der Energie, die während der letzten Monate im EG-Ministerrat darauf verwandt worden ist, nationale Interessen durchzusetzen, dafür eingesetzt worden wäre, sich auf der Basis der Kommissionsvorschläge zu Entscheidungen durchzuringen.

(Beifall)

Das nämlich ist die Aufgabe des EG-Ministerrates: Entscheidungen zu treffen auf der Grundlage von Vorlagen der Kommission, die das Gemeinschaftsinteresse vertritt. Und wenn im Rat über die vorgeschlagene Gemeinschaftslösung keine Einigung erzielt werden kann, dann muß eben die Mehrheitsregel gelten.

(Beifall)

Große Aufgaben liegen vor uns. Wir wissen, daß die Konvergenz der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in einer europäischen Strategie notwendig ist, wenn die einzelstaatlichen Bemühungen wirklich Erfolg haben sollen.

Wir wissen, daß durch den Ausbau des Europäischen Währungssystems eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen würde, zu einer stabileren und ausgewogeneren Entwicklung innerhalb wie außerhalb der Gemeinschaft zu kommen.

Wir wissen, daß es im Bereich der Forschung und der Technologie einen großen Nachholbedarf der Europäer gibt, die tatsächlich in Gefahr sind, von der dritten industriellen Revolution, die in Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika voll im Gange ist, überrollt zu werden.

Wir wissen, daß wir gemeinsame Anstrengungen machen müssen, um Natur und Umwelt, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen und zu bessern.

Wir wissen, daß wir durch die Öffnung und die Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes, der von allen überholten und widersinnigen Hindernissen befreit werden muß, enorme Summen einsparen und Kräfte freisetzen könnten, die wir

dringend brauchen, um neue gemeinschaftliche Politiken in den verschiedensten Feldern zu entwickeln.

Wir wissen schließlich, daß wir, wenn wir die Aufgabe entschlossen anpackten, auch der Arbeitslosigkeit beikommen könnten, die so viele Menschen in Europa heute in existentieller Weise bedrückt.

Es ist eine Pflicht der Politik, die Not zu wenden, also das Notwendige zu tun! Wir sind dazu in der Lage. Wir müssen uns nur auf den Geist besinnen, in dem wir uns gegenseitig verpflichtet haben, die Verträge zu erfüllen.

Die Christlichen Demokraten in der Europäischen Volkspartei werden nicht müde werden, in diesem Sinne Überzeugungsarbeit zu leisten und mit gutem Beispiel voranzugehen, wo sie dazu das Mandat und die Möglichkeit haben.

(Beifall)

Ebenso wie im Innern der Gemeinschaft stehen wir auch hinsichtlich ihrer Außenbeziehungen vor Aufgaben und Herausforderungen, die Taten erfordern.

Nur ein geeintes und starkes Europa kann erfolgreich für Freiheit und Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit in aller Welt eintreten.

Nur ein geeintes Europa kann am Aufbau einer neuen Weltordnung mitwirken und sich weltweit als Kraft des Fortschritts und der internationalen sozialen Gerechtigkeit bewähren.

Nur ein geeintes Europa ist stark genug, seine Zukunft zu meistern, seinen legitimen Interessen in aller Welt Achtung zu verschaffen, sich gegen die militärische Bedrohung zu behaupten und seine Existenz in Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlstand zu sichern.

Nur ein geeintes Europa kann im Atlantischen Bündnis die Aufgabe eines "europäischen Pfeilers" übernehmen und selbstverantwortlich, aber im Verein mit Amerika, die Bürde zur Wahrung seiner eigenen Sicherheit auf sich nehmen und dadurch einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung der westlichen Demokratien leisten. Denn wir stehen auf der Seite der Freiheit. Das verpflichtet uns.

(Beifall)

Der Wille zum Frieden und zur Freiheit in Gerechtigkeit ist die Grundlage der Einheit. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Friedensfaktor, weil sie das Recht über die Macht stellt. Deshalb treten wir ein für die friedliche Lösung von Konflikten in Europa und überall in der Welt, für die gleichgewichtige Senkung des Rüstungsniveaus, für die Minderung der Spannungen zwischen Ost und West durch fortdauernden Dialog und Verhandlungen, für die Selbstbestimmung, die Unabhängigkeit und die Freiheit aller Völker, für die Menschenrechte, wo immer sie in der Welt verletzt werden, für Hilfe und Unterstützung zur Entwicklung der Dritten Welt.

Jedem Einsichtigen ist klar, daß sich die Gemeinschaft auf all diesen politischen Feldern nur dann international Gehör und Geltung verschaffen wird, wenn sie mit einer Stimme spricht.

Mit der EPZ, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, haben wir in der Gemeinschaft ein Instrument geschaffen, das es den Zehn ermöglicht, gemeinsame Stellungnahmen zu großen politischen Themen abzugeben, unter anderem zu Fragen der Sicherheit. Aber wenn nur ein Mitgliedstaat sich weigert, gibt es leider keine gemeinsame Position. Und dafür finden sich Beispiele. Das Instrument der EPZ muß also verbessert, effizient gemacht werden.

Die Mitgliedstaaten müssen sich entscheiden, ob sie für oder gegen das Vetorecht sind. Dann wird sich zeigen, daß eine wirkliche Europäische Politische Zusammenarbeit möglicherweise nicht unter zehn Mitgliedstaaten möglich ist. Und dann sollten die, die dazu bereit sind, entsprechende Vereinbarungen treffen. Das "Geleitzugsystem", nach dem das langsamste Schiff die Geschwindigkeit des Konvois bestimmt, muß auf jeden Fall aufgegeben werden, sonst kann die Europäische Union, die wir wollen, nicht entstehen.

(Beifall)

Buchhaltertricks und Rechenkunststücke, die nichts als das jeweils rein nationale Interesse im Auge haben, führen nicht zu Lösungen der Probleme der Gemeinschaft. Nur der politische Wille, das für die Gesamtheit der Gemeinschaft Nützliche und Förderliche zu tun, gibt uns die Chance, die Zukunft zu gewinnen.

Die Einheit Europas ist die historische Aufgabe unserer Generation. Wir haben die - vielleicht einmalige - Chance, diese Aufgabe zu erfüllen. Vor der Geschichte haben wir nicht das Recht, zu resignieren und die Aufgabe kommenden Generationen zuzuschieben.

(Beifall)

Die Europäische Volkspartei bleibt dabei die treibende Kraft. Für uns ist es eine bindende Verpflichtung, auf dem Weg voranzugehen, den die Gründer der Europäischen Gemeinschaft eingeschlagen haben. Es waren Christliche Demokraten, die in einer kritischen Phase der Geschichte Europas den Anstoß zur Einigung gegeben haben, weil sie einsahen, daß nur Solidarität soziale Gerechtigkeit schafft und die Grenzen zwischen den Staaten überwindet.

Weil die christlich-demokratischen Parteien, die Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei, die europäischen Parteien schlechthin sind, sind sie aus der ersten Direktwahl im Jahr 1979 als stärkste politische Kraft hervorgegangen. 33 Millionen Wähler gaben uns ihre Stimme; das waren 3 Millionen Stimmen mehr, als die Sozialisten und Sozialdemokraten erhielten.

Ich weiß, daß dieser Erfolg zu einem großen Teil der CDU und der CSU zu verdanken ist, die die Mehrheit der 81 deutschen Mandate im Europäischen Parlament errangen. Dafür sind wir alle in der Europäischen Volkspartei sehr dankbar.

Dankbar bin ich auch dafür, daß Sie den Wahlkampf für die Europawahl mit dem gleichen Eifer führen wie einen nationalen Wahlkampf und daß Sie alles daransetzen, wieder ein vorzügliches Ergebnis zu erzielen. Das wird uns helfen, uns als die führende politische Kraft in der Gemeinschaft zu behaupten, zum Nutzen eben dieser Gemeinschaft.

Wir haben den unerschütterlichen Willen, Verantwortung für Europa zu übernehmen.

CDU



CDU







Radunski





CDU


**Aufwärts mit
Mit un
Euro**



tschland
für
a

CDU





Wir bestätigen unser Engagement und unsere Kampfbereitschaft. Für uns gibt es keine Alternative zur Einheit Europas. Wir wollen Europa einigen für Frieden und Freiheit in Gerechtigkeit.

(Anhaltender Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herr Präsident Tindemans! Haben Sie herzlichen Dank für diese Worte der Ermutigung, für diese Zukunftsperspektiven für Europa, die Sie uns aufgezeigt haben. Bei dieser Rede haben Sie uns aber auch ermahnt, unsere Pflicht zu tun, damit wir mit diesem geeinten Europa vorankommen. Sie haben uns aufgezeigt, daß eine Krise ja im wirklichen Wortsinn auch Chance, auch Entscheidung zum Guten sein kann. Wir danken Ihnen herzlich, daß Sie sich an die Spitze derer gestellt haben, die wider die Resignation und wider die Spielverderber in Europa antreten. Herzlichen Dank für diese Rede!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt den Wahlauf Ruf zur Europawahl auf. Es liegen mir inzwischen dreizehn Wortmeldungen vor. Ich erteile das Wort zunächst Herrn Dr. Narjes. Ich bitte aber schon die übrigen Damen und Herren, die sich zu Wort gemeldet haben, sich ein bißchen bereitzuhalten. Wir sprachen ja gestern vom Parteitag der langen Wege. Es wäre insofern hilfreich, wenn Herr Dr. Pfennig als nächster Redner nach Dr. Narjes schon in der Nähe wäre. Bitte sehr, Herr Dr. Narjes.

Dr. Karl-Heinz Narjes: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Präsident Leo Tindemans ganz besonders für die kraftvollen Worte zur politischen Einheit Europas. Das heißt konkret, daß wir die Politische Union so umfassend anstreben müssen, wie es die Ziele des Friedens, der Wohlstandssicherung, des Fortschritts und der Selbstbehauptung irgendwie erfordern. Politische und wirtschaftliche Teileinigungen sind keine Rivalen, Widersprüche und Alternativen: sie bedingen einander; sie sollen sich gegenseitig fördern und nicht durch Berufung auf irgendwelche Schwierigkeiten einander als Vorwand für Nichtstun dienen.

Ministerpräsident Späth hat gestern das europäische Durcheinander beklagt. In der Tat, niemand kann behaupten, daß sich die Europäische Gemeinschaft im Juni bei den europäischen Wahlen von ihrer Schokoladenseite präsentiert. Die Entscheidungsbilanz der letzten 15 Jahre bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Schon vor zehn Jahren hat Leo Tindemans in seinem damaligen historischen Bericht an den Europäischen Rat alle die Ursachen und Gründe dieser Verlangsamung, dieses Zögerns herausgestellt. Und doch: Die Gemeinschaft ist eindeutig besser als ihr Ruf. Sie leidet nicht an einer unbekanntem Krankheit, ihre Mängel lassen sich sehr präzise bestimmten Schwachstellen und Verantwortungsträgern zuordnen. Die Gemeinschaft hat sich aber durch ihre Schwächephase selbst zu überwiegend kleinen Schritten, zu einer Entwicklung auf der europäischen Kriechspur verurteilt. Sie hat Jahre verloren; sie hat Nachholbedarf.

Aber sie hat in dieser Schwächephase auch wertvolle Erfahrungen gesammelt. Sechs darf ich herausstellen.

Erstens. Sie hat gelernt, daß es für ihre Handlungsfähigkeit keine Alternative zu den in den Römischen Verträgen festgelegten Entscheidungsverfahren gibt - auf Mehr-

heitsabstimmungen kann in keinem der Fälle verzichtet werden, in denen dies vereinbart wurde.

Zweitens, daß es unverändert eine besondere Verantwortung der sechs Gründerstaaten für das Gelingen der Einigung gibt, zumal sie es offensichtlich versäumt haben, bei den Erweiterungsrounden in den 70er Jahren unzweideutig darauf hinzuweisen, daß die politische Einigung der Völker Europas ein verpflichtendes politisches Ziel der Gemeinschaft ist. Drittens, daß die wirtschaftliche Einheit Europas auf dem Wege über einen großen, kontinentweiten Binnenmarkt im unverfälschten Leistungswettbewerb der Unternehmen erfolgen soll und kann und nicht über eine europäische Staats- oder Zentralverwaltungswirtschaft. Viertens, daß die unumkehrbare wirtschaftliche Integration mehr bedeutet als ein Bündel von Maßnahmen zur Erleichterung des Handels - die immer engere Verflechtung aller Bereiche der Wirtschaft in einer immer kleineren Welt, jedenfalls in Europa, läßt keine nationalen Alleingänge mehr zu -. Fünftens, daß die umfassende Selbstbehauptung Europas gegenüber den anderen großen Industriemächten der Welt erreicht werden kann, wenn Europa seine Kräfte konzentriert und nach außen geschlossen zur Geltung bringt - gelingt dies, haben wir keine Angst, daß uns jemand überflügeln könnte -. Sechstens - und das ist wichtig -, daß wir nicht mehr beliebig viel Zeit haben, um den historischen Prozeß der Einigung zu vollenden, und daß wir deshalb alles Notwendige schnell tun müssen, um wieder die volle Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Vieles ist erreicht. Es ist nicht einmal eine große Provokation, zu sagen, daß die Konsolidierung des großen europäischen Binnenmarktes in der Reichweite entschlossener Politik liegt. Dazu gehören auch offene Grenzen. Offene Grenzen sind mehr als Abfertigungserleichterungen. Ziel ist ihr völliger Abbau, so, wie es vereinbart worden ist. Was Benelux erreichen konnte, müßte die Gemeinschaft auch erreichen können.

Ich muß deshalb lebhaft einem deutschen Spitzenbeamten widersprechen, der vor ein paar Tagen verkündet hat, daß man selbst nach der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa wegen der Bekämpfung bestimmter Verbrechen noch eine perfekte Grenzkontrolle benötige.

(Beifall)

Wäre dieser Mann konsequent, würde er die Wiedererrichtung von Stadtmauern fordern, jedenfalls aber Grenzen zwischen Hessen, Baden-Württemberg und Bayern wieder einführen.

(Beifall)

Wie wollen wir glaubwürdig Außen- und Sicherheitspolitik, Rüstung und Großforschung integrieren, wenn wir nicht einmal die Kraft zum Abbau der Verwaltungsgrenzen finden?

Die schon mehrfach angesprochene junge Umweltpolitik der Gemeinschaft beweist bereits heute, daß unsere Mitgliedstaaten zu solidarischem Verhalten fähig sind. Eine europäische Umweltrahmenordnung für grenzüberschreitende Verschmutzung ist bereits im Entstehen. Wo sonst in der Welt gibt es zwischen souveränen Staaten eine vergleichbare Entwicklung? Die Modalitäten der Einführung des bleifreien Benzins und der Großfeuerungsanlagen-Verordnung in Europa werden die nächsten Testfälle sein. Nordsee, Mittelmeer und Rhein sind weitere

Stichworte. Dabei sind die Verursacherhaftung und die Betrachtung ökologischer Rahmendaten als Vorgaben ordnungspolitisch verantwortlicher Wirtschaftspolitik bereits eine europäische Selbstverständlichkeit geworden.

In der Forschungs- und Entwicklungspolitik stehen uns noch schwere Aufgaben bevor. Die Erwartungen gehen weit auseinander. Die Voraussetzungen sind sehr unterschiedlich.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sieht auch die Europäische Gemeinschaft ihre wirtschaftspolitische Aufgabe Nummer eins. Sie wird sie aber nur erfolgreich lösen können, wenn sie beherzt den Kampf gegen die Eurosklerose aufnimmt, jene Verkrustung, jene Verfestigung, Zementierung von Gewohnheiten, Hindernissen und überkommenen, aber nicht mehr zeitgerechten Regelungen aus der Vergangenheit, die der Ausnutzung der schöpferischen Kräfte und Leistungen der Unternehmer und Arbeitnehmer in Europa entgegenstehen. Ohne den vollen Beitrag der Gemeinschaft wird keine nationale Strategie zur Erreichung der Vollbeschäftigung aufgehen und ihre volle Wirkung entfalten können.

Die Einigung Europas ohne Waffen und Gewalt kann und wird die größte politische und diplomatische Leistung dieses Jahrhunderts sein. Die größten Hindernisse dafür liegen in diesen Jahren in der Entscheidungsschwäche der Gemeinschaft, beruhen auf einem Mangel an Konsens und Einigung. Zur Überwindung des Entscheidungsdefizits wird und muß die zweite Direktwahl zum Europäischen Parlament einen unverzichtbaren Beitrag leisten, weil sie wie nichts anderes geeignet ist, den Zögernden und Spielverderbern den wahren Willen der Völker Europas zur Einheit vor Augen zu führen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich rufe jetzt Herrn Dr. Pfennig auf.

Dr. Gero Pfennig: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Europäische Gemeinschaft hat drei Gipfeltreffen hinter sich, die keine Lösung der anstehenden Probleme gebracht haben. Das ist sicher nicht die Schuld unseres Bundeskanzlers, sondern, im Gegenteil, diese Bundesregierung zählt zu den Regierungen, die sich am stärksten für die Fortentwicklung Europas einsetzen. Aber dennoch fragt sich der Bürger, warum er eigentlich zur Europawahl gehen soll, wenn es doch in der Gemeinschaft nicht vorangeht. Wir müssen den Bürgern deshalb mehr als jemals zuvor deutlich machen, warum wir die Vereinigten Staaten von Europa und die Europäische Union wollen. Die Gründe hierfür sind mehrfach aufgezählt worden.

Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß zu einem Fortgang der Europäischen Gemeinschaft neue vertragsrechtliche Grundlagen erforderlich sind. Die Gemeinschaftsverträge sind in vielen Bereichen veraltet. Sie enthalten nicht das, was wir heute als vorrangige Aufgaben der Gemeinschaft ansehen. Wenn wir z. B. heute eine gemeinschaftliche Politik gegen das Waldsterben fordern, dann muß man wissen, daß das Wort "Umweltschutz" an keiner Stelle der Römischen Verträge überhaupt auftaucht. Das gleiche gilt für die Sicherheitspolitik. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Gemeinschaft so vor-

anzubringen, daß sie als politische Union funktionieren kann. Dazu gehört, daß die Gemeinschaft endlich von allen als unauflöslich angesehen wird. Dazu gehört, daß den Bürgern europäische Grundrechte ihre Freiheit garantieren. Dazu gehört, daß wir eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten schaffen. Dazu gehört, daß wir eine neue Finanzverfassung finden, die der Gemeinschaft die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel garantiert. Und dazu gehört nicht zuletzt, daß die Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene demokratisch getroffen werden, d. h. nur von Europäischem Parlament und Ministerrat zusammen.

Ich weiß, daß nicht alle Regierungen und Parteien in diesen Zielen einig sind. Die Gipfeltreffen sind doch nicht deswegen erfolglos gewesen, weil man sich nicht über die Agrar- und Finanzprobleme hätte einigen können; sie sind deswegen erfolglos gewesen, weil sich die zehn Mitgliedstaaten nicht über die Zukunft der Gemeinschaft einig sind. Alle Erklärungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Staats- und Regierungschefs im derzeitigen Stadium als kleinsten gemeinsamen Nenner für die Zukunft nur das Ziel vor Augen haben, daß die Gemeinschaft nicht auseinanderbrechen soll. Wenn dieser Zustand nicht überwunden wird, wird die Gemeinschaft langsam aber sicher zu einem hoffnungslosen Fall werden. Und wenn es keine Hoffnung mehr gibt, dann wird es auch keine Zukunft für die Gemeinschaft mehr geben.

Der Verfassungsentwurf, den das Europäische Parlament vorgelegt hat und den ich für die Christdemokraten mit erarbeitet habe, ist Ausdruck der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft in Europa. Deswegen haben die Christdemokraten geschlossen für ihn gestimmt und die SPD-Spitzenkandidaten Katharina Focke eben nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Das Ziel der Mehrheit in diesem Europäischen Parlament ist die Europäische Union als ein demokratisches Gemeinwesen, das über Institutionen verfügt, um seinen Bürgern ohne nationale Grenzen annähernd vergleichbare Lebensverhältnisse, Frieden, Freiheit und Sicherheit zu garantieren.

Dieser Verfassungsentwurf wird inzwischen im italienischen, luxemburgischen und belgischen Parlament behandelt - und auch im Deutschen Bundestag.

Lassen Sie uns als Christdemokraten gemeinsam dafür kämpfen, daß dieser Prozeß in möglichst vielen Parlamenten erfolgreich abgeschlossen wird.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Früh.

Isldor Früh: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Kurzbeitrag zur Agrarpolitik ist sicher nicht einfach. Sie ist wohl die umstrittenste Politik, wenn man in die öffentliche Meinung hört. Aber eines muß, glaube ich, ganz klar und deutlich gesagt werden: Sie ist der Wegbereiter zur EWG; sie hat uns die Europäische Gemeinschaft erleichtert; und sie wird uns auch zur politischen Union führen.

Dabei ist die Kritik, die sie von allen Seiten erfährt, klar und deutlich zurückzuweisen. Denn sie hat ihre Ziele, die Produktivität zu steigern, erreicht. Und alle Einwände, daß sich in der Landwirtschaft nichts ändere, entsprechen natürlich nicht den Tatsachen. Sie hat auch den Lebensstandard in den ländlichen Räumen erhöht, obwohl es mit den Einkommen natürlich auf und ab gehen kann, wie in allen unternehmerischen Bereichen. Und sie hat - das wird am allermeisten vergessen - eine angemessene Versorgung in Sicherheit für 270 Millionen Europäer erreicht. Und das darf doch nicht einfach als selbstverständlich hingenommen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Aber nun sind wir an einem schwierigen, kritischen Punkt. Manche Dinge dieser europäischen Agrarpolitik bedürfen einer Überprüfung. Dabei will ich eines deutlich und für uns, die EVP, unmißverständlich darlegen. Für uns ist und bleibt der bäuerliche Familienbetrieb, wie es festgelegt worden ist, in all seinen Variationen das Leitbild. Er ist als Mittelpunkt in unsere wenngleich dann notwendigen Strukturverbesserungen eingegliedert.

Deshalb lassen Sie mich vier wichtige Forderungen aufstellen.

Erstens. Wir müssen mit bisherigen Einkommensverbesserungen einfach durch Steigerung der Produktion äußerst zurückhalten. Und wenn dies nun in dieser Mengenbeschränkung der europäischen Agrarpolitik, die neu eingeführt worden ist, nach schweren Kämpfen erreicht worden ist, dann muß aber auch eines für uns klar sein: Wenn die Quotierung unsere Marktungleichgewichte beseitigt hat - und das ist unser Ziel -, muß es auch deutlich sein, daß dann bei stagnierender Produktion, die nicht ausgedehnt werden kann, die Preise sich bewegen müssen. Denn wenn die Kosten steigen, können die Preise nicht stehenbleiben. Das heißt, es kann nicht unser Ziel sein, danach zu streben, daß wir am Ende zu einem immer geringeren Anteil an der Einkommensverwendung für die Nahrungsmittel kommen, sondern es muß hier über die aktive Preispolitik die Einkommensregelung ermöglicht werden.

Es gibt ein zweites, was, glaube ich, hier deutlich besonders bei einem CDU-Bundesparteitag gesagt werden muß.

Es müssen in unserer Landwirtschaft Verluste, die durch nichtrealisierte Politiken in der EG - sagen wir: durch Wirtschafts- und Währungspolitik, die noch nicht da ist, wo wir sie haben wollen - entstehen, abgefangen werden. Und hier kann ich nur sagen: Ich habe mich bei der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu bedanken, daß sie recht schnell beim Umbau des Grenzausgleichs die notwendigen und von den nationalen Möglichkeiten her leistbaren Hilfen geschaffen hat.

Ein drittes muß deutlich sein. Die Benachteiligung von Gebieten, die für die landwirtschaftliche Produktion weniger günstig sind, muß, wie es vorgesehen ist, durch Zuwendungen entsprechend gemildert werden. Und es dürfen bei dem notwendigen Strukturwandel die sozialen Hilfen nicht unterschätzt werden, sondern wir müssen sie ausbauen, damit wir - das ist ein ganz wichtiger, entscheidender Punkt - dahin kommen, daß ländliche Räume mit gemischten Wirtschaftsstrukturen und auch mit vielfältigen Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden können, um so die ländlichen Räume und in ihnen eine gesunde, lebensfähige Landwirtschaft erhalten zu können.

Ich appelliere deshalb von diesem Parteitag aus an unsere Landwirte, besonders an die jungen Landwirte, nicht denen zu glauben, die in dieser nicht leichten Situation

mit Nostalgie helfen zu können meinen, oder denen, die durch ganz andere politische Zielsetzungen dazu hinführen wollen, unserer CDU/CSU und der EVP die Landwirte zu entführen. Ich bin überzeugt: Die, die jetzt im europäischen Wahlkampf den Leuten nach dem Mund reden, verbreiten im Parlament bei uns ganz andere Thesen, nämlich daß die Preise viel, viel zu hoch seien und niedriger werden müßten. Sie sollen sich einmal zur Wahrheit bekennen und da wie dort dasselbe tun.

Und nun rufe ich den Landwirten eines zu. Wer eine Zukunft in der Landwirtschaft haben will, wer auch die Freiheit haben will, wer sein Eigentum beschützen will, wer den ländlichen Lebensraum als Grundlage einer bodenverbundenen bäuerlichen Landwirtschaft sichern will, der muß uns, der Christlich Demokratischen Union, der EVP in diesem europäischen Wahlkampf die Stimme geben.

Ich bitte Sie deshalb am Schluß meiner Ausführungen auch, dem von uns zur Landwirtschaft und Agrarpolitik eingereichten Antrag zuzustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich bitte jetzt Frau Henselder-Barzel. Dann kommt Herr Alber.

Frau Dr. Helga Henselder-Barzel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ein erfolgloser EG-Gipfel, mehrere erfolglose EG-Gipfel sind überhaupt kein Unglück. Im Gegenteil. Sie sind die notwendigen Geburtswehen. Sie sind notwendig, damit jeder Mitgliedstaat endlich begreift, daß es überhaupt kein Zurück mehr geben kann. Jedes Zurück würde bedeuten: mehr Arbeitslosigkeit, weniger Wohlstand und ein Versinken Europas in Drittklassigkeit. Alle Mitgliedstaaten brauchen den gemeinsamen Markt, nicht nur die Bundesrepublik Deutschland. Gemessen an ihrem Gesamtexport nämlich brauchen die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Irland, Dänemark, inzwischen auch Frankreich die EG noch mehr als die Bundesrepublik, weil sie mehr exportieren.

Allerdings stehen die Mitgliedstaaten heute vor der ultimativen Entscheidung, welchen Weg die EG gehen will, in welche Richtung sie sich entwickeln will: in Richtung Stagnation und Zollunion oder in Richtung politische Integration, politische Einheit; in Richtung Dirigismus und Protektionismus oder in Richtung eines offenen Markts nach innen und nach außen.

In der EG - und auch das darf nicht übersehen werden - herrscht ein tiefer ordnungspolitischer Dissens über den Stellenwert des Binnenmarkts im Verhältnis zum Handel mit den Drittländern, über das Ausmaß der Integration und die erforderlichen Schritte und Maßnahmen zur Verwirklichung eines vereinigten Markts.

Die von einigen Mitgliedstaaten konstruierte Alternative "Fortschritte in der Integration gegen Abschottung gegenüber Importen aus Drittländern" ist ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben des Vertrags von Rom.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vertrag von Rom sieht nämlich beides vor: die Schaffung eines Binnenmarkts

und die Förderung eines freien Weltmarkts. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich die EG schon wieder ein neues Einfuhrschutzinstrument gegeben hat, ohne gleichzeitig substantielle Fortschritte in Richtung Binnenmarkt zu machen.

Der Binnenmarkt der EG entspricht 36 Prozent des Welthandels. Damit ist die EG der größte Handelsblock der Welt und für das Funktionieren eines ungestörten Welthandels ganz besonders verantwortlich; auch deshalb, weil die EG mehr als die USA und mehr als Japan von einem funktionierenden Weltmarkt abhängt.

(Vereinzelter Beifall)

Obwohl die Integration hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft alternativlos ist, wird sie durch den Egoismus der einzelnen Mitgliedstaaten verhindert. 26 Jahre nach Gründung der EG nimmt die Desintegration des Binnenmarktes augenblicklich mehr zu als ab, sind die Grenzen nicht offener geworden, stochern die Zollbeamten der EG immer noch in den Autotanks der europäischen Bürger herum, sind die Abfertigungsverfahren genauso wie für Drittländer, nehmen die Subventionen zu statt ab. In den letzten zwei Jahren hat die Kommission allein 620 Verstöße gegen den EG-Binnenmarkt verzeichnet.

Neuerdings umgibt sich die EG mit Blick auf die High-Tech-Produkte mit einer Maginot-Linie. Zum Beispiel entpuppt sich der Mindestpreis für japanische Videorecorder, als Schutz für den EG-Binnenmarkt gedacht, in seiner Wirkung nunmehr als Subvention der europäischen Verbraucher in Höhe von 1 Million DM jährlich für die japanischen Hersteller.

Weder Schutzmaßnahmen noch Subventionen sind die richtige Medizin zur notwendigen Anpassung der Wirtschaftsstruktur des europäischen Marktes an die veränderten Daten der Weltwirtschaft, auch nicht zur Wiedergewinnung von Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Im Gegenteil: Durch Protektionismus und durch Subventionen werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, wird auch nicht der Strukturwandel gefördert, sondern gefördert wird Arbeitslosigkeit und verhindert wird Strukturwandel.

Die neuen Politiken dürfen keine Alternative, sondern nur die notwendige Ergänzung sein. Dringend notwendig ist die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, der Währungspolitik, der Konjunkturpolitik. Ebenso dringend notwendig sind die Harmonisierung der Steuersysteme, der Normen und eine europäische Industriepolitik, die diesen Namen wirklich verdient. In der EG müssen die Firmen und nicht die Beamten über Innovationen und Investitionen entscheiden.

(Vereinzelter Beifall)

Wir brauchen keine Festung Europa, sondern ein Europa, das nach innen und nach außen offen ist. Nur ein solches Europa kann den Herausforderungen unserer Zeit standhalten. Deshalb muß die EVP den europäischen Stier endlich bei den Hörnern packen, damit er in die richtige Richtung läuft: in Richtung politische Union und Mehrheitsentscheidung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich bitte die Redner, jetzt auch ein bißchen an die begrenzte Zeit zu denken, die uns zur Verfügung steht. Das nicht als Kritik, sondern als Bitte.

Jetzt hat das Wort Herr Alber.

Siegbert Alber: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Luftverschmutzung, die Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Deshalb ist es richtig, daß Umweltschutz nur noch europäisch gestaltet wird. Doch einige Politiker machen es sich zu einfach, wenn sie nur diese Forderung erheben und sich dann hinsetzen; denn genau da fängt das Problem europäisch erst an.

Bislang haben wir nicht die entscheidenden Kompetenzen in Europa, die wir brauchen. Wir müssen auch eines klar sehen: europäisch ist Umweltschutz zum Nulltarif nicht zu bekommen. Die Kunst besteht darin, den anderen Ländern auch klarzumachen, daß sie aus Gründen der Solidarität für die Schäden, die wir im Umweltbereich haben, mit aufkommen. Ich finde, so langsam ist es auch verständlich, daß einige jetzt eine Retourkutsche fahren mit Blick auf diejenigen, die bei uns immer gesagt haben, nur wir Deutschen seien Zahlmeister.

Ich kann mich daran erinnern, daß die Niederländer gesagt haben: Macht doch den Rhein sauber; denn wir müssen dieses Wasser ja trinken. In der Tat, jedes Glas Wasser, das ein Holländer trinkt, ist schon durch vier andere menschliche Körper geflossen. Vornehm ausgedrückt heißt das Recycling. Damals haben wir auch gesagt: Wir tun, was wir können, aber das ist nicht unser Problem Nummer eins. Jetzt verlangen wir beim Waldsterben von den Engländern, von den Italienern, daß sie Milliarden ausgeben, um unsere Schäden mit zu beheben.

Was wir deshalb europäisch brauchen, ist eine Gesamtkonzeption, die auch den anderen etwas bietet. Wenn wir dann bereit sind, für Wiederaufforstungen in Italien, für die Sauberhaltung der Strände, für die Wiederanlegung von Feuchtgebieten und Mooren in England und Irland etwas zu tun, sind auch die anderen bereit, etwas für uns zu tun. Wir brauchen als erstes eine europäische Gesamtkonzeption für den Umweltschutz.

Als zweites brauchen wir eine Strategie. Es geht nicht an, einige Vorfagen einfach auszuklammern. Wir müssen bereit sein, Umweltschutz als ein eigenständiges Gut zu betrachten, für das man auch etwas auszugeben bereit ist wie für Freizeit, wie für Gesundheit, wie für Sicherheit. Zum anderen müssen wir abchecken, wie wir zum Wachstum stehen, wie wir zur Kosten-Nutzen-Analyse stehen. Wir müssen europäisch endlich auch einmal klar sagen, zu welchen Energiearten wir uns bekennen. Es geht nicht an, daß ein Land voll auf Kernenergie setzt und die anderen das voll ablehnen.

Ich habe Verständnis, wenn hierzulande einige keine Radioaktivität in ihrem Körper haben wollen. Aber wenn ich mir einige näher ansehe, muß ich sagen: Das wäre die einzige Aktivität, die sie überhaupt vorweisen können. Hier müssen wir endlich einmal eine klare Aussage treffen.

Drittens müssen wir Prioritäten setzen, weil wir nicht alle Probleme auf einmal lösen können. Luft- und Wasserverschmutzung zu bekämpfen muß Vorrang haben: durch die Entschwefelung der Kraftwerke durch die Herabsetzung der Emissionen bei den Kraftfahrzeugen, durch die Einführung bleifreien Benzins.

Ein zweiter Bereich betrifft die Planungs- und Rechtsfragen aus internationaler Sicht. Es geht nicht an, daß man keinerlei Mitwirkung im Nachbarland hat. Es ist doch so, daß viele Länder ihre am stärksten verschmutzten Industrien genau an der Grenze zum Nachbarn ansiedeln, wie es ja auch im Kleingartenbereich üblich ist, den Misthaufen immer genau auf die Grenze zum Nachbarn zu setzen. Nur ist das im Umweltbereich international gesehen natürlich etwas schädlicher. Deshalb brauchen wir diese Mitwirkungsrechte in anderen Ländern.

Ein weiteres: Wir müssen den internationalen Wettbewerb erhalten. Wir müssen dann auch bereit sein, Produkte, die aus Ländern kommen, in denen keine Umweltschutzbestimmungen zu beachten sind, preislich auf unser Niveau anzuheben, damit unsere Bestimmungen nicht unterlaufen werden können. Wie gesagt, Umweltschutz zum Nulltarif ist nicht zu bekommen.

Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Parlamenten aller Länder installieren. Ich bin sehr froh, daß die Bundesregierung eine gemischte Europa-Kommission gebildet hat, die unter dem charmant-autoritären Vorsitz von Frau Hellwig tätig ist. Für Ihre Arbeit, Frau Hellwig, möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Genauso möchte ich mich bei unserem Kommissar Narjes bedanken, der in Europa gerade in dem Bereich Umweltschutz eine hervorragende Arbeit leistet.

Mein ganz besonderer Dank gilt Helmut Kohl und der Bundesregierung, die in Fragen des Umweltschutzes europäisch wirklich eine Vorreiterrolle spielt. Ich bin überzeugt, daß die anderen Länder gezwungen sein werden, auf diesem Gebiet bald zu folgen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Umweltschutz ist im Grunde eine christdemokratische Politik; denn die Achtung vor der Natur und vor der göttlichen Schöpfung ist Ausdruck einer christdemokratischen Politik, war und bleibt wesentlicher Teil unserer Politik.

Ich möchte mit einem Wort von Senghor schließen, der einmal gesagt hat: "Wir haben die Erde nicht von unseren Vätern geerbt, sondern wir haben sie von unseren Kindern geliehen." Diese Verpflichtung für die kommenden Generationen werden wir Christdemokraten im Europäischen Parlament ganz besonders ernst nehmen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön.

Als nächster hat das Wort Herr Professor Rinsche.
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Das gegenwärtige Gerede über die europäischen Krisen darf nicht zum europäischen Masochismus werden, zu einer morbiden Lust an der Unlust. Wer überall nur Abgründe sieht, hat deswegen keinen tiefen Blick. Es gilt vielmehr, die Chancen und großartigen Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft richtig zu erkennen und rechtzeitig zu nutzen.

Eine unserer beachtlichen Chancen liegt z.B. in dem zunehmenden Interesse der

ASEAN an einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Ich wollte, meine Freunde, die Europäer würden eine solch gute Meinung über die Europäische Gemeinschaft haben wie die Staatsmänner der ASEAN. Nach dem Vorbild der EWG entwickelte sich die ASEAN, die Association of South-East-Asian Nations, zu einer politischen Gemeinschaft, die auf beachtliche Erfolge zurückblicken kann.

Für die Europäische Gemeinschaft ist die ASEAN ein wichtiger und bedeutender Partner. In politischer Hinsicht ist die ASEAN zu einer Region der Stabilität geworden. Bei internationalen und weltweiten Zusammenkünften, z.B. auch in der UNO, tritt die ASEAN für eine Politik des Friedens und der Mäßigung ein und dient oft als Vermittler zwischen den westlichen Industrienationen und den Ländern der Dritten Welt. In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet die ASEAN einen Markt von 235 Millionen Verbrauchern mit wachsender Kaufkraft. Überall hier, meine Damen und Herren, ergeben sich große Chancen einer engen Zusammenarbeit zwischen der ASEAN und der Europäischen Gemeinschaft.

Um diese und andere gemeinsam interessierende Fragen fortlaufend zu besprechen und die Chancen für beide Seiten nutzbar zu machen, hat das Europäische Parlament bereits im Jahre 1979 eine Delegation gebildet, deren 18 Mitglieder sich in besonderer Weise um die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten kümmern. In zahlreichen Einzelbesprechungen und in vier großen gemeinsamen Konferenzen mit unseren asiatischen Kollegen wurden Vorschläge zur Lösung von Problemen und zur Förderung der Zusammenarbeit gemacht. Der Kooperationsvertrag zwischen der EG und der ASEAN ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die Einrichtung gemeinsamer Arbeitskreise.

Meine Freunde, für die Zukunft kommt es darauf an, die Impulse für die EG-ASEAN-Kooperation zu verstärken und weitere Wege zueinander zu erschließen. Die Erweiterung unseres Horizonts dient der Sicherung unserer Zukunft. Meine Freunde, es sind ja nicht die wechselnden Aufregungen des Tages, die unsere Zukunft bestimmen, es sind nicht die Schlagzeilen über Tagesereignisse, sondern es sind vielmehr die gestaltenden Kräfte weltweiter Entwicklungen, die für uns wichtig und wesentlich sind.

Zu diesen wesentlichen Entwicklungen gehört die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den freien Staaten des pazifischen Raumes und hier nicht zuletzt mit der ASEAN. Die im Antrag E 3 angesprochene gemeinsame Außenpolitik ist auch deshalb eine Notwendigkeit. Meine Freunde, früher galt der Satz: "Der Deutsche hat die Welt im Kopf, aber nicht den Kopf in der Welt." In einer Zeit weltweiter Verflechtung ist es lebensnotwendig, daß wir Europäer den Kopf in der Welt haben.

Daher möchte ich Sie herzlich bitten, diesen Chancen der Gemeinschaft Ihre Aufmerksamkeit zu widmen und auch unter diesen Aspekten für ein starkes, freies und einiges Europa einzutreten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da mir weitere zehn Wortmeldungen vorliegen, schlage ich Ihnen vor, daß wir die Rednerliste zu diesem Wahlauftritt jetzt schließen.

(Beifall)

Wenn es noch Redner geben sollte, die gerade im Anmarsch sind, um sich zu Wort zu melden, bitte ich sie, sich zu beeilen. Ansonsten bitte ich um Handzeichen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir hier vorne danach die Rednerliste schließen. Wer ist dafür? - Gegenstimmen bitte! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich erteile jetzt Herrn Dr. Langes das Wort.

Dr. Horst Langes: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße den Initiativantrag E 3 von Dr. Kohl; ich bin jedoch der Meinung, daß wir ihn ergänzen müssen. Ich bedanke mich deshalb sehr für den Initiativantrag E 4, weil die Ziffern 2.2.3. und 2.2.6. das umschreiben, worauf ich hier noch einmal mit Nachdruck hinweisen muß. Ich bin der Ansicht, daß wir sehr deutlich sagen müssen: Wir brauchen in der Europäischen Gemeinschaft eine neue Finanzstruktur, eine gerechte, faire und solidarische Finanzstruktur. Diese sollte - so hat es das Europäische Parlament vorgeschlagen und auch dem Ministerrat schon zugeleitet - in etwa dem Modell in der Bundesrepublik Deutschland von Bund und Bundesländern entsprechen.

Dieser Vorschlag muß nun sehr schnell durch den Ministerrat beschlossen werden. Zweitens müssen wir jetzt rasch eine Übergangslösung schaffen, die dazu beiträgt, daß die Europäische Gemeinschaft auch im Jahre 1984 zahlungsfähig bleibt. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Einrichtung, die in 25 Jahren nie Schulden gemacht hat, die keine Kredite aufgenommen hat, die schuldenfrei dasteht. In diesem Jahr aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist absehbar, daß wir eine Lücke von etwa 6 Milliarden DM haben werden.

Die genannte Übergangslösung muß sich auf jeden Fall im Rahmen der Verträge halten. Deshalb, sehr verehrter Herr Bundesfinanzminister, bin ich nicht mit den Überlegungen einverstanden, die der Rat in Brüssel angestellt hat und die vorsehen, das Instrument der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaft zu beschneiden und durch eine Deckelverordnung von vornherein auch die Souveränität des Parlaments zu beschneiden. Rat und Parlament haben miteinander - so hieß es soeben auch in unserem Werbefilm - die Souveränität des Parlaments auszubauen. Wir brauchen diese Mitgesetzgebungskompetenz natürlich z.B. im Bereich der Agrarpolitik, damit wir miteinander auch über die Ausgaben beschließen können. Mit diesem gemeinsamen Instrument werden wir dann auch in der Lage sein, die Kosten zu drosseln und zu sparen.

Nur können wir das nicht mit rigiden Maßnahmen des Ministerrates, sondern ausschließlich konzertiert und mit einer mittelfristigen Finanzplanung erreichen. Ich bitte Sie also, sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, diesen falschen Weg nicht weiterzugehen.

Letzte Bemerkung. Wir haben jetzt einen Vorschlag der Kommission bekommen. Ich freue mich darüber, daß Leo Tindemans heute morgen die Kommission aufgefordert hat, politischer zu sein. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dafür, daß wir die Kommission auffordern, politischer zu sein. Nur kann sie in diesem Zusammenhang wohl kaum sagen, daß ihr Vorschlag, zur Schließung der Finanzlücke mit Anleihen beizutragen, einen Weg zur politischen Lösung darstellt. Es ist ein Weg, der gegen den Vertrag ist. Dies ist ein Weg, der auch gegen jedes Haushalts-

recht gerichtet ist. Wo gibt es den Fall, daß man konsumtive Ausgaben irgendwie per Anleihen finanzieren kann? Diesen falschen Weg sollten wir hier nicht miteinander gehen, sondern wir müssen klar sagen: Wenn eine Lücke besteht, müssen eben Zuschüsse, Vorschüsse geleistet werden, die nachher verrechnet werden. Nur dies ist ein gangbarer, ein politisch vertretbarer Weg, und auch nur diesen verstehen unsere Mitbürger. - Vielen Dank.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön! - Ich erteile das Wort jetzt Herrn Brok. Ihm folgt Herr Tourrain, und dann kommt Herr Luster.

Meine Damen und Herren, wie nahe wir der europäischen Normalität schon sind, merken Sie daran, daß ich soeben als übernächsten Redner Herrn Tourrain aufgerufen habe. Er ist Kandidat auf der Liste der Opposition für die Europawahlen, der französischen RPR. Er ist Vertreter von Präsident Chirac auf unserem Delegiertentag. Er möchte aber als ganz normaler Gast hier mitdiskutieren und nicht etwa ein Grußwort sprechen. Ich bitte Herrn Tourrain, nach Herrn Brok zu sprechen.

(Beifall)

Elmar Brok: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir erleben in diesen Tagen immer wieder in Diskussionen in den Veranstaltungen zur Europawahl, daß man uns in der Bevölkerung entgegenhält, daß wir Deutschen die Zahlmeister Europas sind. In einer Biertischmentalität sagt man: Wir Deutschen müssen doch alles bezahlen. Hier werden böse Artikel verbreitet. Ich erinnere z.B. an den "Stern" der vergangenen Woche, der in einem blindwütigen Nationalismus alles zerstören will, was wir in dieser Europäischen Gemeinschaft als Friedensgemeinschaft aufgebaut haben.

Aber wir können auch deutlich machen, daß diese Gemeinschaft auch in der taktischen materiellen Politik für uns von ungeheurem Wert ist. Es gibt 13 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft, von denen 40 Prozent jünger als 25 Jahre sind. Hiergegen gibt es neben den besten Anstrengungen im nationalen Bereich, wie sie die Regierung Kohl in den letzten anderthalb Jahren durchgeführt hat, auch eine notwendige europäische Komponente. Ohne die europäische Komponente kann es auch im Bereich der Beschäftigungspolitik keinen ausreichenden Erfolg im nationalen Bereich geben. Diese wirkliche europäische Waffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist der Binnenmarkt.

Schon heute hängt jeder achte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland von diesem Binnenmarkt ab. Auf diesen Binnenmarkt gehen 50 Prozent unseres bundesdeutschen Exports - ein Export, der sich von 1958 bis heute versiebenundzwanzigfach hat, ein Export, bei dem wir heute einen Überschuß erwirtschaften, der höher ist als unser Handel mit diesen Staaten 1958.

Ich meine, daß daran deutlich wird, daß wir nicht die Zahlmeister Europas sind, sondern daß wir, wenn wir diese Rechnung aufmachen, in Wirklichkeit die Profiteure dieses Europas sind. Auch diese Zahl müssen wir der Bevölkerung deutlich machen, um für dieses Europa zu werben.

(Vereinzelt Beifall)

Aber gleichzeitig wissen wir, daß dieser europäische Binnenmarkt noch nicht vollkommen ist. Wir haben dies spätestens bei den Lastkraftwagenblockaden an den italienischen Grenzen gesehen. Durch immer noch bestehende Kontrollen für Waren an den Grenzen entstehen unnötige Kosten durch nationale Bürokratie in der Größenordnung von jährlich 2,5 Milliarden DM allein durch die Wartezeiten für Lkws. Durch immer noch bestehende Handelshemmnisse unnötiger Art entstehen der europäischen Wirtschaft jährlich Kosten in der Größenordnung von über 30 Milliarden DM.

Wir können angesichts solcher Zahlen sagen, daß nicht Europa zu teuer ist, sondern daß das Nicht-Europa zu teuer ist.

(Beifall)

Wenn ich sehe, daß die Sozialisten in diesen Wahlkampf hineingehen, indem sie ein europäisches Beschäftigungsprogramm in der Größenordnung von 50 Milliarden DM fordern, dann kann ich nur das eine sagen: Wir brauchen keine Beschäftigungsprogramme, die selbst der sozialistische Finanzminister Frankreichs, Jacques Delors, aus leidvoller Erfahrung seiner eigenen Wirtschaftspolitik ablehnt, weil sie nur zu Pump führen, weil sie auf die Dauer die Arbeitslosigkeit nur erhöhen, wie er gesagt hat. Er hat auch gesagt, daß sich Frankreich jetzt an dem Wirtschaftswachstumsmodell der Regierung Kohl orientieren müsse. Das sollten wir einmal den Sozialisten und Sozialdemokraten der Bundesrepublik Deutschland in diesem Wahlkampf erzählen.

(Beifall)

Wir sollten keine Beschäftigungsprogramme machen, sondern unnötige Bürokratien im Warenverkehr dieser Gemeinschaft beseitigen. Dann wird die Wirtschaft nämlich unnötige Kosten einsparen, Luft zum Atmen haben, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit zusammenbringen, ohne daß wir dieses mit unnötigen Steuerzahlergroschen ankurbeln müssen. Wir wissen ja, daß das nichts hilft.

Ich glaube, daß wir an der Europäischen Gemeinschaft deutlich machen können: Es bringt uns etwas. Vor allen Dingen können wir deutlich machen, daß dieses Europa auch im wirtschaftlichen Sinne das Europa der Christlichen Demokraten und deren Konzeption ist.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat jetzt Monsieur Tourrain.

Raymond Tourrain: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin sehr erfreut, die CDU begrüßen zu dürfen,

(Beifall)

den Kanzler, seine Minister, die Abgeordneten und alle Verantwortlichen dieser großen politischen Partei, die seit ihrem Sieg im Frühling 1983 beauftragt ist, die

Bundesrepublik und die deutsche Nation zu führen und zu regieren. Ich begrüße auch die Vertreter der anderen europäischen Parteien.

Ich spreche im Namen von Jacques Chirac, Präsident der RPR, Bürgermeister von Paris und ehemaliger Minister von Charles de Gaulle,

(Beifall)

der mir die Ehre zuteil werden ließ, ihn hier zu vertreten. Natürlich möchte ich nicht vergessen, hier bei Ihnen ganz besonders an den großen Politiker Konrad Adenauer zu erinnern, und besonders die Bindungen erwähnen, die ihn und General de Gaulle zu dem berühmten Freundschaftsvertrag, dem Elysée-Vertrag, und zur Zusammenarbeit der beiden Länder geführt haben. Die RPR-Partei und ihr Präsident haben diese Erbschaft übernommen und wiederholt in der Europäischen Demokratischen Union, EDU, bewiesen, daß sie das deutsch-französische Bündnis immer mehr vertieft haben, das der Kern einer Europapolitik ist.

Ich spreche auch im Namen der gemeinsamen Opposition, der Liste RPR/UDF von Simone Veil und Bernard Pons als Kandidaten für das Europäische Parlament.

In Frankreich wie in der Bundesrepublik Deutschland führen wir zusammen denselben Kampf, bauen ein vereinigtes und starkes Europa.

Je vous avouerai - puisque nous sommes entre nous dans l'intimité - que la prononciation des mots est aussi difficile que la construction de l'Europe.

(Beifall)

Aus diesem Grunde sind wir von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit unserer Regierungen überzeugt, damit wir mit den anderen Partnern der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Strategie ausarbeiten können, um die Sicherheit des alten Kontinents zu stärken.

Dieser bedeutende Kongreß, der in Stuttgart stattfindet und dessen Erfolg unbestreitbar ist, beweist die Stärke und Lebenskraft der Christlich Demokratischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Sobald die Sozialisten und die Kommunisten die französische Regierung verlassen haben - in etwas weniger als 700 Tagen -, werden sich Paris und Bonn - Stuttgart natürlich auch - ideologisch und wirtschaftlich endlich wieder in gleicher Richtung wiederfinden.

Das ist auf jeden Fall mein tiefster Wunsch, den ich im Namen der RPR aussprechen möchte.

(Beifall)

Es lebe Stuttgart! Es lebe die CDU! Vivre RPR! Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!

(Lebhafter Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Merci, Monsieur.

Meine Damen und Herren, ich bin dringend gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß wir - mit Blick auf die Uhr werden Sie mir das auch bestätigen - vorankommen müssen. Ich bitte alle Redner darum, sich kurz zu fassen. Der Herr Bundesvorsitzende hat eben fest zugesagt, daß er den Parteitag um 12.30 Uhr schließen will, damit alle Delegierten rechtzeitig nach Hause kommen.

(Beifall)

Es liegt aber auch ein bißchen an unserer gemeinsamen Disziplin, ihn zu dem vorgesehenen Zeitpunkt in die Lage zu versetzen, das Schlußwort zu sprechen.

Jetzt hat Herr Luster das Wort.

Rudolf Luster: Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Ich will von einer Formulierung in dem Initiativantrag E 5 ausgehen, in dem gefordert wird, "Rechte des Ministerrates bereits in der neuen Legislaturperiode auf das Europäische Parlament zu übertragen, um dieses in seiner Bedeutung zu stärken". Das ist richtig, aber ergänzungsbedürftig. Ich möchte das begründen.

Die Europäische Gemeinschaft übt durch den Ministerrat - das wissen wir - echte Gesetzgebungsbefugnisse aus. Wir machen uns aber nicht immer klar, wie stark diese Gesetzgebung bei uns in den Mitgliedstaaten wirkt. Wir haben es mit zwei Wirkungen zu tun. Zum einen gibt es die unmittelbare Wirkung. Im selben Augenblick, da der Ministerrat beschließt, wirkt dieses Recht in Rom, in Paris, in Bonn - übrigens auch in Berlin, was ich besonders gern anmerke -, in allen Mitgliedstaaten, ohne daß es eines gesonderten Übernahmehandels bedürfte. Die zweite Wirkung ist diese - das ist, wie mir scheint, auch für Juristen ein Unikum, eine juristische Delikatesse -, Wie Bundesrecht Landesrecht bricht, so bricht das Recht der Gemeinschaft das Recht der Mitgliedstaaten. Das Recht eines Nichtstaates, meine verehrten Freunde, als welchen wir ja die EG betrachten müssen - das kann sich auch ein Jurist klarmachen -, bricht das parlamentarisch gesetzte Recht von Staaten. Stellen wir uns einmal diese Wirkungsweise des Rechts der Europäischen Gemeinschaft vor, und führen wir uns auch den Umfang dieses Rechtes vor Augen. Durch die Gemeinschaftsverträge sind die Kompetenzen doch in erheblichem Umfang von den Mitgliedstaaten auf die EG übergegangen. Im gleichen Umfange wurden die entsprechenden Materien naturgemäß der Zuständigkeit der Parlamente der Mitgliedstaaten entzogen. Bei der EG hinwiederum sind die Kompetenzen aber nicht auf das demokratisch gewählte Repräsentativorgan, das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat übergegangen.

Besonders umfänglich ist diese Rechtsetzung im Bereich der Außenbeziehungen, der Zollunion, der Agrarpolitik - in diesem Bereich hat die EG fast die alleinige Gesetzgebungsbefugnis -, des Wettbewerbs, des Steuerwesens, der Sozialpolitik und des Niederlassungsrechts. Die Mitgliedsregierungen unterstehen zwar weiterhin der Kontrolle ihrer jeweiligen Regierungen; hinsichtlich ihrer Tätigkeit haben diese aber in der EG aus zwei Gründen an Wirksamkeit eingebüßt. Zum einen fallen die Ratsentscheidungen hinter verschlossenen Türen; sie sind also nicht transparent. Zum anderen können sich die Mitgliedsregierungen immer auf den Kollegialcharakter der Beschlüsse des Ministerrates berufen.

Verehrte Freunde, ich komme, dieses alles zusammengefaßt, zu dem Schluß: Es geht bei der Forderung, die Kompetenz für die Mitbeschlußfassung in der Gesetzge-

bung alsbald dem Parlament zu übertragen, - ich verweise auf Initiativantrag E 5 - auch darum, dem Europäischen Parlament mehr Bedeutung zuzumessen. Viel mehr noch geht es aber darum, der sich ausweitenden EG-Gesetzgebung eindeutige parlamentarisch-demokratische Legitimation zu sichern und dieser Gesetzgebung mehr Schubkraft zu geben. Ich würde Sie gern um Ihre Unterstützung für diesen Gedanken bitten. - Vielen Dank, liebe Freunde.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Jetzt hat Frau Lenz das Wort.

Frau Marlene Lenz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, in der gebotenen Kürze in dieser Debatte noch drei Gedanken anzusprechen, die in den Texten, die Sie vorliegen haben, leider nur zwischen den Zeilen zum Ausdruck kommen. Die Dynamik der europäischen Politik ergreift auch Felder, die zunächst nicht primär Gegenstand der europäischen Verträge gewesen sind. Sie gehen aber den Menschen an, den wir für die Europäische Gemeinschaft und für dieses Europa gewinnen wollen. Das Europäische Parlament hat sich auch dieser Felder angenommen.

Elmar Brok hat eben schon einiges zur Jugendarbeitslosigkeit gesagt. Hinter den sozialpolitischen Feldern, über die wir diskutiert haben, stehen aber auch Fragen, die sehr stark die Geschicke der Frauen und die Geschicke der Familien in Europa betreffen - ob es sich um die soziale Sicherung handelt, ob es sich um die Arbeitsmarktpolitik handelt - wir haben die höchste Frauenarbeitslosigkeit auf diesem Kontinent seit langer Zeit -, ob es sich um die Frage der Arbeitszeitgestaltung handelt. All dies sind wichtige Felder, im Zusammenhang mit denen wir auch über die Fragen der Frauen diskutiert haben. Da Frauenpolitik von der Familienpolitik untrennbar ist, haben wir, die Christlichen Demokraten, uns im Europäischen Parlament auch dafür eingesetzt, daß ein Aktionsprogramm für die Familie entwickelt wird. Wir werden diesen Weg auch im nächsten Parlament weiter verfolgen.

Wir sprechen so oft von bürgernaher Politik, die hinter der Gemeinschaftspolitik stehen sollte. Wir wissen, wie wichtig die Verfahrenfragen sind, die hier in den Anträgen angesprochen werden. Meine Freunde, denken Sie, wenn Sie draußen auf den Straßen diskutieren, aber auch daran: In diesem Parlament wird Politik für den Bürger, für die Frauen, für die Familie und für die Jugend formuliert. Sie können die entsprechenden Aussagen in unseren Papieren finden. Bitte nehmen Sie sie zur Kenntnis.

Wir haben hier gestern eine Stunde lang über die Frage der Abtreibung diskutiert. Die Haltung, die wir als Christliche Demokraten festgelegt haben, vertreten wir auch im Europäischen Parlament in eiserner Linie. Auch das möchte ich Ihnen hier sagen. Die Debatten im Europäischen Parlament sind mindestens so leidenschaftlich, wie sie es gestern hier waren.

(Beifall)

Auch das ist europäische Politik.

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen. Das Europäische Parlament hat auf einem

Gebiet Ansehen erworben, das ihm nicht zugeschrieben war. Wir sind die Appellationsinstanz für die Menschenrechte in der ganzen Welt geworden.

(Zustimmung)

Von der Europäischen Gemeinschaft wird verlangt, daß sie sich für humanitäre Politik und Respekt der Menschenwürde auch in anderen Ländern als denen der Gemeinschaft einsetzt. Es wird von uns verlangt, daß wir diese Wertsetzungen auf die anderen Länder übertragen, daß wir sie im Namen aller verteidigen, die in Not sind und Hilfe suchen. Meine Freunde, das ist ein Stück europäischer Politik, das wir weitertragen müssen. Auch das steht hinter der Arbeit, die wir leisten.

Sie werden uns manchmal vielleicht sagen: Das geht euch nichts an. Das gehört nicht zu eurer Arbeit. Können wir aber die Türen vor den Hilferufen zuschlagen, ob sie nun aus Rußland, aus Afghanistan, aus der Türkei, aus Chile, aus Salvador oder aus Nicaragua kommen? Wir können es nicht. Wenn wir das Ansehen Europas verteidigen, müssen wir es auch bei diesem Stück Arbeit, das wir leisten, tun. Wir bitten, daß Sie Europa auch in dieser Hinsicht unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr von Bismarck hat das Wort.

Dr. Philipp von Bismarck: Frau Präsidentin! Meine lieben Freunde! Wir erleben jeden Abend Ihre Schwierigkeiten im Lande. Es wird gefragt: Was wird aus Europa? Hat es noch einen Sinn?

Ich möchte versuchen, Ihnen ein paar Stichworte zu geben, die, wie mir alle Kollegen, die ich frage, bestätigen, sofort dazu führen, daß unsere Bürger - über das, was sie an Pressenachrichten Tag für Tag hören, hinweggehend - wieder Europäer werden. Die Ursache der Schwierigkeiten ist offenbar die Annahme, es sei nach dem Aufbruch in den 50er Jahren bisher zu wenig aus Europa geworden.

Sie haben hier schon eine Reihe von hervorragenden Rednern gehört. Ich will es daher in Stichworten machen.

Wozu hat dies in der Geschichte der Erde erstmals unternommene Wagnis, eine Demokratie im Weltmaßstab ohne einen Tropfen Blut aufzubauen, geführt? Ist es nicht ein Wunder, daß 270 Millionen Europäer nach 1000 Jahren Krieg in einem unauflösbaren Frieden leben?

(Beifall)

Ist es nicht eine wunderbare Sache, daß zehn Demokratien allen Versuchen und Ideen, unsere Freiheiten wieder durch Diktatur auszulöschen, jede Chance entziehen? Ist es nicht ein sehr großartiger Erfolg, daß schon fast alle Elemente eines europäischen Bundesstaates, einer europäischen Demokratie, vorhanden sind? Ich zähle sie auf: ein Bundesrat - bei uns "Rat" genannt -, eine zentrale Instanz - Minister, die dort Kommissare heißen -, Ministerien, die wir Kommission nennen, ein Parlament, von Ihnen gewählt, mit Haushaltsrecht und dem viel zu wenig beachteten

Recht, daß wir alle Minister nach Hause schicken können, ein oberstes Bundesgericht, Europäischer Gerichtshof, ein Bundesrechnungshof, ein Bundespatentamt; einen Gesetzentwurf für ein Bundesmarkenamt haben wir vorgelegt. Das, was fehlt, ist die Ergänzung des negativen Investiturrechts, nämlich die Minister nach Hause zu schicken, durch das positive Recht, sie zu berufen. In dem Augenblick, in dem wir uns dieses Recht nehmen, wird der Europäische Bundesstaat auf den Beinen stehen. Und der Moment ist nicht mehr fern!

Aber es gibt andere wesentliche Fortschritte: das Währungssystem. Was hat es in fünf Jahren geleistet? Es hat die Inflationsrate von 14 Prozent auf 7 Prozent gedrückt - und das nur deswegen, weil man vor der Welt nicht mehr bloßgestellt werden will. Hier ist insbesondere auch die Rückendeckung durch unseren Kollegen Jacques Delors zu nennen, der heute die Finanzpolitik in Frankreich führt. Durch dieses Währungssystem wurde eine soziale Leistung erbracht wie kaum eine andere: die Enteignung der Sparer wurde auf die Hälfte herabgesetzt - und dies alles in 27 Jahren, während die deutsche Einigung im vorigen Jahrhundert 56 Jahre und drei Kriege gebraucht hatte.

Die Verträge, von Christlichen Demokraten gestaltet, schufen den Rahmen für eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft steht im Programm der Europäischen Volkspartei. Die EVP-Fraktion hat eine Arbeitsgruppe "Soziale Marktwirtschaft" für den Alltag berufen, die dafür sorgt, daß es auch danach zugeht.

Den Christlichen Demokraten ist es zuzurechnen, daß wir einen Gesetzentwurf eingebracht haben, in dem die andere Seite der Sozialen Marktwirtschaft, die Mitbestimmung, verankert ist - bis zur Parität und bis zur Festlegung der Grenze, über die hinaus die Freiheit des Eigentums nicht angetastet werden darf. Das Europäische Parlament hat seine Zuständigkeit auch auf die Sicherheits- und Außenpolitik ausgedehnt und klargemacht, daß wir in Zukunft alle Themen, die die Bürger interessieren, diskutieren werden und bis zum Bundesrat bringen wollen.

Schließlich sage ich als Sprecher der Pommern: Liebe CDU-Freunde, nur im Rahmen einer europäischen Demokratie, eines Europäischen Bundesstaates können wir hoffen, die Freiheiten über den Eisernen Vorhang hinaus zu den Völkern zu tragen, die nicht durch eigene Schuld unter russischer Hegemonie leben,

(Beifall)

können wir die Aussöhnung mit unseren Nachbarn wirklich praktisch werden lassen. Dies ist eine der größten Verantwortungen, die wir tragen. Deswegen bin ich über den Antrag Barbers sehr erfreut; den sollten Sie unterstützen.

Und nun, liebe Freunde: Wir haben eine fast unvorstellbare historische Chance: Unser Parteivorsitzender, unser Kanzler Kohl, ist für alle Europäer das Symbol der Europäischen Union.

(Beifall)

Er und die Franzosen, er und unsere holländischen, belgischen und luxemburgischen Freunde, er und die Christdemokratische Partei in Italien - sie werden die Europäer in Kürze zu der Entscheidung zwingen, die Europäische Union zu vollenden, um Frieden, Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Arbeit für uns und unsere Kinder zu schaffen.

Zum Schluß noch ein sehr einfaches Wort: Es ist so, wie Sie alle feststellen, daß unten - wie man sagt - an der Basis die Hoffnung zur Zeit kleingeschrieben wird. Aber hier gilt doch der Satz - lateinisch gesprochen - : Voluntas facit spem, "Der Wille schafft die Hoffnung".

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön. - Meine Damen und Herren, das Präsidium möchte Ihnen jetzt eine Redezeitbeschränkung auf zwei Minuten für die nächsten Wortmeldungen ankündigen.

(Beifall)

Als Ausgleich dafür werden wir aber, bitte, den Damen und Herren Rednern besonders aufmerksam zuhören.

Herr Dr. Pöttering.

Dr. Hans-Gert Pöttering: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Europäer sollten selbstbewußter sein. Unser Dilemma besteht darin, daß wir immer nur über die Schwierigkeiten, die Krisen und Probleme reden. Wir vergessen darüber, was wir alles erreicht haben.

Früher haben die Völker Europas - Philipp von Bismarck hat dies sehr beeindruckend gesagt - mit Waffen gegeneinander gekämpft, und heute kämpfen wir um die Stimmen der Wähler Europas. Nichts kann den Fortschritt deutlicher machen als diese einfache Tatsache der europäischen Direktwahlen.

(Beifall)

Wenn wir Gäste und Vertreter aus allen Ländern der Welt in Straßburg begrüßen - meine Damen und Herren, es sind viele Abgeordnete aus allen Ländern der Welt, die in jeder Sitzungswoche nach dort kommen -, dann sehen wir, welche große Bedeutung man außerhalb Europas diesem Europäischen Parlament beimißt. Wir haben - unter dem Vorsitz unseres verehrten Präsident Leo Tindemans - sehr häufig den jetzt zum Präsidenten El Salvadors gewählten Napoleon Duarte im Politischen Büro der Europäischen Volkspartei gehabt. Wir sollten jetzt unsere europäische Verantwortung erkennen, als Europäer Napoleon Duarte dabei zu helfen, El Salvador und Mittelamerika in eine gute Zukunft zu führen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine letzte Bemerkung im Rahmen dieser zwei Minuten: Wir, die Deutschen, wählen am Tag der deutschen Einheit, am 17. Juni. Wir sollten wissen, daß die Völker, alle Deutschen und alle Europäer in Mittel- und Osteuropa, am 17. Juni auf uns schauen werden, ob wir unsere Stimme gebrauchen oder ob wir diese Stimme nicht gebrauchen. Die Arbeiter vom 17. Juni 1953 in der DDR und gerade die Polen in den letzten Jahren sollten uns Ansporn sein, daß wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Die Polen sind in jüngster Zeit ein großartiges Beispiel dafür, daß die stärkste Kraft im menschlichen Leben der Wille zur Freiheit ist.

(Vereinzelter Beifall)

Wir, die Westeuropäer, haben die großartige Chance, diesen Willen zur Freiheit in die Tat umzusetzen. Dafür müssen wir bis zum 17. Juni arbeiten: für uns und dafür, daß dieses westliche Europa eine Hoffnung bleibt, auch für alle Menschen in Mittel- und Osteuropa. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidentin: Danke schön. - Herr von Wogau, bitte.

Dr. Karl von Wogau: Frau Präsident! Liebe Parteifreunde! Draußen werden wir immer wieder gefragt: Welchen Beitrag leistet denn die Europäische Gemeinschaft bei der Bekämpfung des wichtigsten Problems nämlich der Arbeitslosigkeit? Hier müssen wir uns über eines im klaren sein: Europa allein kann dieses Problem nicht lösen. Da haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die Gemeinden, die Kreise, die Länder und die Nationalstaaten wichtige Aufgaben.

Aber es gibt einen wichtigen europäischen Beitrag, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Firmen im Wettkampf gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten zu stärken. Was lastet denn auf der Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Firmen, speziell auch im Bereich der Zukunftstechnologien? Das sind die Kosten des Nicht-Europas. Elmar Brok hat soeben davon gesprochen, daß allein an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft 30 Milliarden hängenbleiben. Albert und Ball, die beiden Experten, die wir zu diesem Thema im Europäischen Parlament hatten, haben uns vorgerechnet, daß auf Grund der Tatsache, daß die europäischen Märkte im Bereich der Spitzentechnologien noch sauber voneinander abgeschottet sind, jedes Jahr mögliche Einsparungen in Höhe von 90 Milliarden nicht realisiert werden.

Ein dritter Betrag, der von Interesse ist: Allein für das Umwechselln von Geld in der Europäischen Gemeinschaft werden heute noch in jedem Jahr 5,4 Milliarden DM ausgegeben.

Allein diese drei Beträge, die ich eben nannte, machen schon mehr als 120 Milliarden DM aus. Das sind die Kosten des Nicht-Europas. Der Betrag, für den die Eiserne Lady seit langer Zeit kämpft, macht weniger als 1 Prozent davon aus. Ich glaube, es würde sich auch für Großbritannien lohnen, mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen, daß aus diesem Nicht-Europa ein Europa wird.

Ich möchte zum zweiten aber deutlich machen, daß wir auf dem Weg dorthin einiges erreicht haben. Ich gebe Ihnen dafür ein kleines Beispiel. Ich habe heute in Sindelfingen-Hinterweiler übernachtet und meine Rechnung in dem Hotel - einem Hotel der Mittelklasse - in europäischer Währung, in ECU, bezahlt. Das ist heute schon möglich. Ich bin gern dazu bereit, Wetten anzunehmen, daß das auch in anderen Gegenden der Europäischen Gemeinschaft und auch unseres Vaterlandes möglich ist, obwohl die Deutsche Bundesbank bis jetzt den ECU nicht als Währung anerkennt.

Was wir allerdings brauchen, wenn wir aus dieser europäischen Währung in Zukunft etwas Stabiles machen wollen, ist eine Art europäischer Bundesbank, eine zentrale

monetäre Autorität, die auch die Geldmenge stabilisieren und kontrollieren kann. Ich möchte alle Verantwortlichen, die sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen haben, dazu aufrufen, daß sie hier und heute handeln, denn sonst wird die private Verwendung des ECU, die heute schon in einem Umfang von 12 Milliarden ECU in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft vor sich geht, eines Tages außer Kontrolle geraten. Das ist eine Entwicklung, die kommt und die wir vernünftigerweise nur einfangen können.

(Glocke des Tagespräsidiums)

Ich möchte hier auch an den anwesenden Verkehrsminister in einer ganz kleinen, aber wichtigen Angelegenheit einen Appell richten. Es ist immer wieder die Frage gestellt worden, woraus jene 30 Milliarden DM bestehen, worauf die Lastkraftwagenfahrer warten. Ich will ein Beispiel nennen, wenn ich hierfür vielleicht noch eine Minute Redezeit bekomme.

Wenn wir im Europäischen Parlament Besucher bekommen, haben wir immer wieder den Fall, daß sie mit Europa im Herzen dort ankommen, dann aber sagen, an der Grenze hätten die Zollbeamten im Tank ihres Busses herumgestochert, und fragen, was die dort gesucht hätten. Tatsache ist, daß heute Lastkraftwagen und Omnibusse auf Grund einer deutschen Regelung nur 40 bzw. 150 l Treibstoff mitführen dürfen. Alles, was über diese Menge hinausgeht, muß versteuert werden.

Das führt dazu - jetzt bitte ich die Verantwortlichen genau zuzuhören -, daß bei uns in Deutschland in jedem Jahr 5 Milliarden Tankausweise ausgefüllt werden, was rechnerisch die Arbeitszeit von 150 Zollbeamten bindet. Der Betrag, der dabei an Steuern herauskommt, macht etwa die Hälfte der Verwaltungskosten aus. Das bezeichne ich als europäischen Bürokratismus. Das ist eine Sache, die wir durch eine deutsche Entscheidung noch bis zum 1. Juli korrigieren könnten. Wir sollten dies auch tatsächlich tun, weil wir die einzigen in der Europäischen Gemeinschaft sind, die noch darauf bestehen.

(Beifall)

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen, daß Europa heute in der Situation ist, daß es seine Hausaufgaben macht. Meine lieben Freunde, zu diesen Hausaufgaben gehört, daß wir endlich ein Vierteljahrhundert nach Unterzeichnung der Römischen Verträge die Schlagbäume zwischen unseren Ländern wegräumen.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herr Dr. Jansen, bitte.

Dr. Thomas Jansen: Frau Parteitagsvorsitzende! Verehrte Delegierte! Der schwierige Übergang von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Politischen Union Europas wird nur zu bewerkstelligen sein, wenn die notwendige Mobilisierung der europäischen Bürger stattfindet. Die Mobilisierung der europäischen Bürger ist aber nur durch die Herausbildung von europäischen Parteienstrukturen zu erreichen. Hier sind wir als Europäische Volkspartei, als CDU in der EVP, zu allererst gefordert.

Wir sind dabei weiter vorangeschritten, progressiver, moderner, europäischer als die

Sozialisten oder gar die Kommunisten. Wir sind auch weiter als die Liberalen oder gar die Konservativen. Aber wir müssen uns dabei im klaren sein, daß wir den Durchbruch erst geschafft haben werden, wenn überall in unseren nationalen Parteien und eben nicht nur in den Vorständen und Geschäftsstellen oder bei denjenigen unserer Freunde, die dauernd mit Europapolitik befaßt sind, das Bewußtsein dafür entstanden ist, zur EVP zu gehören und als Teil der EVP auch zu handeln.

Die lokalen und regionalen Sektionen der nationalen Parteien, ja auch die einzelnen Mitglieder selbst müssen die Europäische Aktionsgemeinschaft der Christlichen Demokraten mittragen, inspirieren, mit Leben erfüllen.

Die Europäische Volkspartei ist das Stück an europäischer Realität, an europäischer Einheit, das wir selber in eigener Verantwortung, mit eigenen Mitteln schaffen können. Wir antizipieren damit im Bereich der Partei der Christlichen Demokraten das, was wir auf der Ebene der Staaten von den Regierungen fordern. Unsere Forderung wird dadurch eine unüberwindliche Glaubwürdigkeit erhalten.

Ich appelliere deshalb an die Delegierten des 32. Bundesparteitages der CDU, Leo Tindemans und Egon Klepsch, alle Freunde, die auf europäischer Ebene engagiert sind, besonders unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament, sowie nicht zuletzt auch unseren Bundeskanzler und Bundesvorsitzenden Helmut Kohl in diesem Sinne zu unterstützen. Der Wahlkampf in den nächsten Wochen wird Ihnen dafür viele Gelegenheiten bieten.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Hellwig.

Frau Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tindemans, ich kann Ihnen eine sehr erfreuliche Mitteilung machen. Der Bundestag hat bereits über die Initiative des Europäischen Parlaments zu einer Neugestaltung der Römischen Verträge beraten und sich auch vorgenommen, binnen eines Jahres zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Beispiel geben: Stellen Sie sich vor, die Bundesrepublik müßte auf folgende Weise regiert werden. Nur der Bundesrat allein hätte Gesetzgebungskompetenz, und Bundesgesetze kämen nur zustande, wenn sie der Bundesrat einstimmig beschlösse. Der arme Bundestag könnte nur beraten, und Helmut Kohl wäre völlig von diesem Bundesrat mit seinen einstimmigen Voten abhängig. Dann hätten wir genau den gleichen Schmerz und das gleiche Gezerre, das wir gegenwärtig in Europa haben.

Ich glaube, daß dieses Beispiel Ihnen, insbesondere meinen Bundestagskollegen, so zu Herzen gehen wird, daß Sie bereit sein werden, dem Europäischen Parlament mehr Macht zu geben; denn jetzt kommt es auf uns an, meine Damen und Herren, ob nämlich unser Bundestag ein ganz eindeutiges Votum in Richtung einer europäischen Verfassung, der Stärkung des Europäischen Parlamentes trifft. Meine lieben Delegierten, machen Sie unseren Bundestagsabgeordneten Mut, in diesem Sinne nach Europa zu blicken und nicht nur in Bonn zu bleiben.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Als letzter Redner hat Herr Dr. Franz das Wort.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, noch auf den Dritte-Welt-Laden im Zelt hinzuweisen, den die Junge Union Sigmaringen zusammen mit dem Landesverband der CDU unterhält. Ein bißchen Sympathiewerbung für Europa ist auch, wenn Sie ein Mitbringsel nach Hause tragen.

Dr. Otmar Franz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Höchste Leistung kann nur im Kampf erzielt werden. Kampf bedeutet in der Wirtschaft Wettbewerb. Wir brauchen daher möglichst viele schöpferische Gruppen auf möglichst vielen Gebieten, die miteinander in Wettbewerb treten." Lassen Sie mich an diese Worte aus dem Wirtschaftsprogramm von Carl Goerdeler, dem Leipziger Bürgermeister und Widerstandskämpfer von 1941 erinnern. Diese Worte sind heute so gültig wie 1941. Sie zeigen uns, daß auch heute für unsere Umstrukturierungsprobleme, für unsere Wirtschaftsprobleme, für die Beseitigung der Arbeitsprobleme entscheidend ist, daß wir uns zum unverfälschten Wettbewerb bekennen. Nur unverfälschter Wettbewerb kann die dynamischen, die schöpferischen Kräfte in der Wirtschaft wirklich wecken und zum Erfolg führen.

Meine Damen und Herren, es ist viel über den Binnenmarkt gesprochen worden. Es ist gesagt worden, daß 50 Prozent unserer Exporte in den Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft gehen, daß die Schlagbäume fallen müssen. Das ist selbstverständlich richtig. Aber lassen Sie uns nicht vergessen - ich darf in diesem Zusammenhang an das Wort unserer Präsidentin anknüpfen -, daß 50 Prozent unseres Exports auch in andere Länder, unter anderem Länder der Dritten Welt, gehen. Wir sind mehr als irgendeine andere Region in der Welt auf den freien Welthandel angewiesen. Dazu gehört aber auch, daß wir die Märkte bei uns für die Produkte der Dritten Welt, für die Entwicklungsländer öffnen. Hierdurch können wir mehr helfen als durch irgendeine Entwicklungshilfe.

Wir sollten davor keine Angst haben. Wir sollten uns der Herausforderung durch den Wettbewerb in der Welt stellen. Nur dann werden wir wirklich mit unseren Problemen in Europa fertig werden.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön. Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Ich komme zur Abstimmung über den Wahlauf Ruf der CDU zur Europawahl. Meine Damen und Herren! Wer diesem Wahlauf Ruf zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Wahlauf Ruf einstimmig angenommen worden. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Wir haben jetzt noch einen Ergänzungsantrag zu Antrag E 3; dies ist der Antrag E 6. Frau Dr. Hellwig, bitte!

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Mit den Antragstellern ist vereinbart, daß sie damit einverstanden sind, daß aufgrund einer Protokollnotiz der Antrag erledigt ist. Die Protokollnotiz ist folgende: Im Wahlaufuf ist auf Seite 3 bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß die EG für alle Staaten, die zu einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie gefunden haben, offen ist. In der Zukunft also auch für osteuropäische Staaten.

Ich glaube, die besten Beispiele sind, daß Griechenland, Spanien und Portugal durch die Sogwirkung der EG zu einer freiheitlichen Demokratie gefunden haben und somit auch Mitglied werden konnten.

(Beifall)

Frau Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke. Damit ist auch E 6 erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag E 1 auf. Die Fundstelle für diesen Antrag und für die Empfehlung der Antragskommission ist die Seite 68 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen möchten, um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dieser Antrag ist mit wenigen Gegenstimmen so angenommen worden.

Ich komme jetzt zu dem Antrag E 2. Dazu erteile ich zur Begründung Herrn Professor Hahn das Wort.

Prof. Dr. Wilhelm Hahn: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Brok hat mich gebeten, diesen Antrag des Kreisverbandes Bielefeld zu begründen. Es geht dabei um eine ganz wesentliche Frage für die Durchsetzung der europäischen Einigung. Bei diesen Worten beziehe ich mich auch auf einen Beschluß des Europäischen Parlaments vom 30. März dieses Jahres, der gerade dasselbe fordert.

Unser Parteiprogramm fordert die europäische Einigung. Niemand tritt stärker für sie ein als unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler. Gleichzeitig fordern wir, daß die neuen Medien gefördert werden sollen. Aber bisher haben wir daraus noch nicht die Konsequenz gezogen, daß diese neuen Medien auch für die europäische Einigung eingesetzt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Woran leidet eigentlich die europäische Einigung? Daran, daß es uns nicht gelingt, den Bürger zu erreichen, so daß er nicht entsprechend über Europa informiert wird. Die neuen Medien geben uns eine ganz große Möglichkeit, grenzüberschreitend an die Bürger in Europa heranzukommen. Wir fordern deswegen vom Europäischen Parlament zweierlei: Wir fordern, daß es zu einem europäischen Fernsehen kommt, das in einem Bild ganz Europa erreicht und seine Sendungen in den verschiedenen Sprachen ausstrahlt. Die Europäische Rundfunkunion ist bereit, das zu verwirklichen, wenn sie dafür nur unsere politische Unterstützung bekommt. Wir fordern außerdem - weil es in Zukunft eine Fülle von Fernsehprogrammen geben wird, die aus dem Ausland zu uns hereinkommen werden, aus ganz Europa -, daß es zu einer europäischen Ordnung, einer Rahmenordnung kommt, die den Jugendschutz, die Autorenrechte und die Werbung regelt.

Meine Damen und Herren! Was in der modernen Demokratie nicht in den Medien ist, ist nicht existent. Die europäischen Bürger werden nicht genügend über Europa und seine Einigung informiert. Wir müssen infolgedessen eine europäische Medienpolitik haben. Wir bitten den Herrn Bundeskanzler, hier im Rat der Europäischen Gemeinschaft die Initiative zu ergreifen.

Nun ist darin noch die Nummer 4 enthalten, in der vorgeschlagen wird, daß die Spaltung zwischen PAL und SECAM durch das weltweit anerkannte und in Europa entwickelte System "C-MAC-Paket" überwunden wird. "C-MAC-Paket" ist - wie es alle Experten sagen; alle Gremien der Europäischen Rundfunkunion haben dem zugestimmt - das System der Zukunft. Alle Experten sagen, wenn wir hier einsteigen, werden wir damit auf dem Weltmarkt garantiert Erfolg haben. Ich weiß, daß der Bundespostminister anderer Ansicht ist; er wird gleich dagegen sprechen. Ich möchte sagen, daß ich mich hierbei auf die Aussagen der Europäischen Rundfunkunion und aller ihrer Experten stütze.

Aber ich bin gern bereit, hier einen Kompromiß zu machen, meine Damen und Herren, indem wir die Nummer 4 zurückstellen und daß dann dazu ein Spitzengespräch zwischen Experten, die diese Dinge aus europäischer Sicht sehen, und Experten der Deutschen Bundespost stattfindet.

Ich bitte Sie aber, die Nummern 1 bis 3 anzunehmen; die Nummer 4 könnten wir dann zunächst einmal zurückstellen. Der Bundesvorstand könnte dieses Gespräch arrangieren.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission hat Minister Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die Antragskommission befindet sich mit den Zielen, die hier eben genannt worden sind, in völliger Übereinstimmung. Es ist nur nicht möglich, technische Systeme in dieser Weise festzulegen, weil sie Auswirkungen haben, die hier noch nicht übersehen worden sind. Dazu nur ganz kurz drei Punkte.

1. Wenn wir dieses neue System einführen würden, dann würde zusätzlich zu der Antenne, die jeder kaufen muß, ein neuer Fernseher gekauft werden müssen. Dies würde der Durchsetzung gerade des direkt strahlenden Satelliten absolut entgegenstehen.

2. Wir würden gegen die Vereinbarung, die wir mit den Franzosen auf Regierungsebene getroffen haben, dieses Hindernis zunächst nicht aufzubauen, damit dem direkt strahlenden Satelliten überhaupt eine Zukunft gegeben ist, verstoßen.

3. Damit würden wir für Osteuropa und insbesondere für unsere Brüder und Schwestern in der DDR jede Möglichkeit verhindern, die Programme über diesen direkt strahlenden Satelliten zu sehen.

Aus diesen Gründen ist die Antragskommission durchaus mit dem einverstanden, was Professor Hahn vorschlägt, nämlich damit, die Sache zurückzustellen, sie an den Bundesvorstand der Union zu einer weiteren Prüfung zu überweisen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Es ist Überweisung des gesamten Antrages an den Bundesvorstand beantragt worden. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen über den neuen Antrag der Antragskommission auf Überweisung an den Bundesvorstand ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag E 4 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist auch nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission auf Überweisung des Initiativantrages E 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen worden.

Ich rufe den Initiativantrag E 5 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht - wie ich sehe und höre - auch nicht das Wort. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission auf Überweisung. Wer dem Antrag auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Jetzt kommt der Antrag E 7 der Delegierten Dr. Geißler, Susset, Borchert und weiterer. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Was sagt die Antragskommission? - Die Antragskommission plädiert für Annahme. Dann darf ich, nachdem das Wort nicht gewünscht wird, zur Abstimmung kommen. Wer dafür ist, daß der Antrag E 7 in der vorliegenden Form angenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist so beschlossen.

Damit sind die Beratungen aller Anträge zur Europapolitik abgeschlossen. Es liegt aber noch ein nicht verteilter Antrag des Bundesvorstandes und des Tagungspräsidiums vor, den die Frau Kollegin Waschbüsch vortragen wird. Frau Waschbüsch, ich darf Sie bitten, diesen Antrag vorzutragen.

Frau Rita Waschbüsch: Meine Damen und Herren, auf Antrag des Bundesvorstandes und des Tagungspräsidiums bitten wir Sie, zu beschließen:

Der 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erklärt sich mit dem Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seiner Frau, Jelena Bonner, solidarisch und appelliert an die Staats- und Parteiführung der Sowjetunion, der erkrankten Frau die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten.

(Beifall)

Es ist ein Akt der Menschlichkeit, einer Frau, deren Gesundheitszustand äußerst bedroht ist, die dringend erforderliche ärztliche Behandlung im Ausland zu gewähren und ihren sehnlichsten Wunsch zu erfüllen, ihre Kinder und Enkel wiederzusehen. Unsere Solidarität gilt Andrej Sacharow, der die Forderung seiner Frau mit einem Hungerstreik unterstützt. Wir bitten die sowjetische Staats- und Parteiführung, der Frau Andrej Sacharows, Jelena Bonner, als selbstverständlichen Akt der Menschlichkeit die Ausreise zu genehmigen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Wird zu dem Antrag noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich formell über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß der soeben mündlich vorgetragene Antrag G 44 so angenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich darf feststellen, daß der Parteitag diesen Antrag einstimmig angenommen hat.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich anfangs bezweifelt hatte, ist doch eingetreten: Wir haben das Arbeitspensum rechtzeitig erledigen können. Alle Anträge sind behandelt.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

SCHLUSSWORT DES BUNDESVORSITZENDEN

Ich erteile unserem Bundesvorsitzenden das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Wir stehen mit diesem Schlußwort am Ende von drei arbeitsreichen Tagen auf diesem 32. Bundesparteitag. Es war für uns ein wichtiger Parteitag in einer Zeit, in der schwierige und auch langwirkende politische Entscheidungen für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch für Europa, zu treffen sind.

Und so lassen Sie mich als erstes die Gelegenheit nutzen, unserem und meinem Freund Leo Tindemans für seinen Beitrag hier zu danken.

(Beifall)

Lieber Leo, ich sage Dir dieses Wort des Dankes über diese Stunde und den Tag hinaus. Wir kennen uns jetzt schon drei Jahrzehnte, und in diesen Jahrzehnten sind wir den Weg für und nach Europa immer gemeinsam gegangen. Wir gehören zu jenen - das will ich hier doch einmal deutlich sagen -, die unentwegt und ohne - verständliche - Resignation angesichts von Rückschlägen, die es auch bei uns immer wieder gab, erkannt haben, wie Du es vorhin auch hier formuliert hast, daß es zu Europa keine Alternative gibt.

Man hat in der Bundesrepublik Deutschland gelegentlich den Eindruck, als gäbe es zu viele, die sagen: Nationale Politik können wir noch verstehen, aber die europäischen Dinge überlassen wir den "Berufseuropäern". Liebe Freunde, wir danken Leo Tindemans und vielen anderen, daß sie, ganz und gar unverdrossen, überzeugt von der Idee, Tag für Tag bereit waren und sind, für die Vision Europas, für die politische Einigung Europas, für den Bau der Vereinigten Staaten von Europa, einzutreten.

(Beifall)

Lieber Leo Tindemans - auch das will ich Dir als einer der Landesvorsitzenden der

Europäischen Volkspartei sagen -, wir, die CDU Deutschlands, werden alles tun, was in unserer Kraft steht, damit wir weiterkommen, damit wir Erfolg haben. Denn wir wissen: Die Freiheit unseres Landes und die politische Einigung Europas, das ist sozusagen ein Synonym. Beides gehört zusammen.

Liebe Freunde, ich will Ihnen allen danken, daß Sie in diesen Tagen bei schwierigen und langwierigen Diskussionen dabei waren, sie mitgestaltet, auch die manchmal etwas schwierigen akustischen Verhältnisse dieses Saales ertragen haben und daß dieser Parteitag auch in einer so großartigen menschlichen Atmosphäre abgelaufen ist. Mein Dank gilt den Delegierten der CDU Deutschlands, die über 700 000 Mitglieder unserer Partei vertreten, die die ganze Vielfalt der sozialen Struktur unseres Volkes aufweisen. Natürlich ergibt sich auf einem solchen Parteitag aus der Meinungsvielfalt auch Meinungsunterschied. Zum Wesen einer freiheitlich gesonnenen und gebauten Partei gehört es, daß diese Gegensätze ausgetragen werden. Aber, liebe Freunde, ich wünsche mir, daß in der Bundesrepublik Deutschland Gegensätze in allen politischen Bereichen so ausgetragen werden, wie sie hier am Mittwoch, am späten Nachmittag ausgetragen wurden.

(Beifall)

Es muß doch so sein, daß unterschiedliche Meinungen mit vollem Respekt vor der Meinung des anderen, aber nicht nur im verbal Vorgetragenen, sondern auch im Gedachten und Gelebten, beispielhaft wirken. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich dafür, weil ich aus jahrzehntelanger Erfahrung daran glaube, daß der Stil unserer Bundesparteitage, die Art, wie wir dort miteinander umgehen, auch stilbildend auf die Arbeit der Partei in den Landes-, den Bezirks-, den Kreis- und den Ortsverbänden wirkt.

Dieser Parteitag war, was die Dauer der Beratungen betrifft, länger als sonst üblich. Deswegen hat er auch an die, die dafür die Verantwortung getragen haben, besonders große Anforderungen gestellt. Ihnen allen will ich herzlich danken: den vielen hauptamtlichen Mitarbeitern, die vor und während dieses Parteitages für uns gearbeitet haben,

(Beifall)

den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für die Tage hier in Stuttgart zur Verfügung standen, unseren Freunden im Landesverband Baden-Württemberg hier in Stuttgart, die uns so gastlich aufgenommen haben, allen voran Lothar Späth, der gemeinsam mit dem ganzen Tagungspräsidium diesen schwierigen Parteitag mit seinen langen Diskussionen, die notwendig waren, um die einzelnen Punkte zu erörtern, meisterhaft geleitet hat.

(Beifall)

Mit einem Wort, liebe Freunde: Ich bedanke mich bei all jenen, die uns in Stuttgart in allen Bereichen, bei der Stadtverwaltung, bei staatlichen Stellen, insbesondere auch bei der Polizei,

(Beifall)

geholfen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, in meinem Rechenschaftsbericht zu Beginn des Parteitages habe ich gesagt: Mit jedem Schritt, den wir entschlossen aus der Krise gehen, gewinnen wir neuen Raum für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Diesen Raum zu nutzen, das ist unsere Chance, und das ist unsere Verantwortung.

Ich glaube, wir dürfen sagen, daß wir dieser Verantwortung auf dem 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gerecht geworden sind, durch die Qualität der Diskussion und der Beschlüsse, durch den guten Stil und das faire Miteinander, durch den gegenseitigen Respekt auch bei unterschiedlichen Auffassungen. Das gilt für alle Teile - ich sage es noch einmal - der Diskussion auf diesem Parteitag.

Und wenn wir so in den nächsten Wochen, liebe Freunde, mit unseren Mitbürgern sprechen: offen und fair, ernsthaft, überzeugt und überzeugend, dann haben wir eine großartige Chance bei den Wahlen am 17. Juni.

Dieser Parteitag hat gezeigt, daß wir uns nicht bereifinden, uns in der Regierungsverantwortung einfach bequem einzurichten. Wir wollen nicht bloß Macht verwalten. Wir wollen unser Land nicht nur aus der Krise führen. Sondern wir wollen mit allen Mitbürgern, die guten Willens sind, die Zukunft des Landes in einer menschlichen Dimension gestalten. Gerade, und ich möchte fast sagen: vor allem als Regierungspartei bleiben wir nachdenklich und offen für die Probleme der Menschen, die Probleme aller Generationen und aller sozialen Gruppen in unserem Land, für die Alltagssorgen, für die Zukunftshoffnungen, für die Visionen und für manches, was am Wegrand an Enttäuschung dabei zu erfahren ist.

Die Beratungen dieses Parteitags haben die ganze Vitalität und ein hohes Maß an Sachkompetenz unserer Partei deutlich gemacht. Wir sind stolz auf diesen Reichtum an Ideen und Engagement. Wir sind auch stolz auf die große Zahl hervorragender Persönlichkeiten in dieser Union in Deutschland.

(Beifall)

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch das einmal sagen, weil ich ja auch einmal in diesem Alter vor Parteitagen diskutiert habe: Viele der Jungen, die da vorgestern am späten Nachmittag diskutiert haben, waren anderer Meinung als ich; aber so, wie sie sprachen, so, wie sie dastanden, war das für die, die dafür noch eine Empfindung haben, eine großartige positive menschliche Erfahrung für unsere Union.

(Beifall)

Und wenn man den Umgang zwischen Jüngeren und Älteren in anderen Parteien in Deutschland miterlebt, dann kann man nur sagen: Wir haben allen Grund, zufrieden und stolz auf diese junge Generation in der Union zu sein.

(Beifall)

Dies bedeutet natürlich nicht, daß ich deswegen zu allem Ja und Amen sage - um das gleich bei dieser Gelegenheit deutlich zu machen.

Mit den Stuttgarter Leitsätzen, liebe Freunde, beschreiten wir den Weg unseres Landes als einer modernen und humanen Industrienation. Wir setzen auf Vielfalt und Wettbewerb. Wir setzen auf den Lebensmut, auch auf Optimismus, auf Selbstverantwortung und Selbständigkeit aller Bürger. Wir wollen den technischen Fortschritt nutzen. Wir wollen uns ihm nicht unterwerfen. Wir wollen ihn nutzen, um den Gestaltungsraum der Menschen zu erweitern, die Leistungskraft unserer Wirtschaft als Chance zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu erhöhen und die Lebensumwelt den Menschen und ihren Bedürfnissen anzupassen.

“Aufwärts mit Deutschland - Mit uns für Europa“: das war das große Thema dieses Parteitags. Wir wissen mehr als andere, liebe Freunde, daß das Schicksal unseres Vaterlands untrennbar verbunden ist mit der Zukunft Europas. Der Zusammenschluß der europäischen Völker in den Vereinigten Staaten von Europa: das bleibt das große Ziel. Und die ersten entscheidenden Schritte müssen noch in diesem Jahrzehnt erfolgen.

(Beifall)

Dafür werden wir kämpfen.

Und wir haben auch ein Erbe zu verwalten. Zu Beginn der heutigen Sitzung konnten alle - vielleicht manche zum ersten Mal - in jenem Film die Stimme Konrad Adenauers hören, als er uns aufrief, aufzubrechen nach Europa. Wir verwalten dieses Erbe der Toten und der Lebenden.

Hier sitzt unser Freund Kurt Georg Kiesinger, Ehrenvorsitzender der CDU Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Er war schon vor gerade 30 Jahren, liebe Freunde - zu einem Zeitpunkt, als eine Reihe der hier stimmberechtigten Delegierten noch gar nicht geboren waren - Vorsitzender der Gesamtfraktion der Beratenden Versammlung des Europarats. Wenn Sie seine Reden von damals nachlesen, stellen Sie fest: Es war der gleiche große geschichtliche Entwurf für den Bau und die Einigung, die politische Einigung Europas.

Ich habe am Mittwoch in meinem Bericht gesagt: Natürlich gibt es mancherlei Grund zur Resignation; aber wir dürfen nicht resignieren, wenn wir die Wegstrecke wirklich noch einmal sorgfältig durchmessen, wenn wir wissen, wie viel in diesen drei Jahrzehnten allen Widerständen zum Trotz erreicht wurde.

Und für uns Deutsche ist es ja im doppelten Sinn ein symbolischer Tag, wenn wir am 17. Juni wählen. Wir wählen am Feiertag der deutschen Einheit in der Erinnerung an unsere Landsleute, die am 17. Juni 1953 an der Stalin-Allee standen und zunächst verlangten, daß die Normen, die Lebensbedingungen, die Löhne und die Versorgung verbessert werden, und in Erinnerung daran, daß das dann in wenigen Stunden umschlug in den Ruf nach mehr Freiheit, nach mehr Freiheit für die Menschen in der DDR. An diesem Tag wählen wir.

Wir wählen zur 2. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Und jeder von uns verspürt den geschichtlichen Zusammenklang. Jeder von uns spürt, was dies bedeutet, daß wir in Stuttgart und in München, in Köln und in Hamburg wählen können, und was für eine Chance darin besteht, daß wir dies tun dürfen, weil wir freie Menschen in einem freien Land sind.

(Beifall)

Und wir spüren auch, liebe Freunde, was unsere Landsleute in Güstrow, in Leipzig, in Dresden, in Brandenburg dafür geben würden, wenn sie gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes, den Belgiern, den Niederländern, den Luxemburgern, den Italienern, den Franzosen - um nur ganz wenige zu nennen - einmal am Morgen aufstehen und ihr Parlament in aller Freiheit wählen könnten.

(Lebhafter Beifall)

Wann je, liebe Freunde, in diesen Jahren ist das so deutlich geworden, so spürbar geworden: dieser Dreiklang "Deutschland, Vaterland und Europa"!

Und so möchte ich diesen Parteitag beschließen mit einem Gruß an unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands,

(Anhaltender Beifall)

Ich wende mich an die Millionen, die heute abend über die Fernsehstationen und Radiostationen diese Botschaft hören.

Jedem einzelnen von ihnen möchte ich zurufen: Wir, die CDU Deutschlands, haben euch nicht abgeschrieben. Die Einheit unserer Nation bleibt im Bewußtsein aller Deutschen lebendig.

In diesem Geist werden wir gemeinsam ans Werk gehen in der Verantwortung für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Verantwortung für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland heißt für uns aber - ich sage das auch sehr persönlich für mich - immer auch Verantwortung für unser deutsches Vaterland und für ein geeintes und freies Europa.

(Langanhaltender lebhafter Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden herzlich danken; vor allem für das, was er uns am Schluß dieses Parteitages als unseren gemeinsamen Auftrag aufgegeben hat.

Mit diesem gemeinsamen Auftrag wollen wir diesen Parteitag abschließen. Wir singen unser gemeinsames Lied, das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Beifall)

Der 32. Bundesparteitag der CDU Deutschlands ist geschlossen.

(Schluß des Parteitages: 12.34 Uhr)









CDU



CDU



Aufwärts mit Deutschland
Mit uns für
Europa



CDU





CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS (CDU)

Beschlußprotokoll

des 32. Bundesparteitag

8.-11. Mai 1984 - Stuttgart

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Rede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
8. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundesminister Dr. Heiner Geißler
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger
10. Aussprache zu den Berichten
11. Leitantrag des Bundesvorstandes
Einführung durch den Generalsekretär der CDU Bundesminister Dr. Heiner Geißler
12. Aussprache und Beschlußfassung des Leitantrages
13. Änderungen
 - des Statuts der CDU
 - der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO)
 - der Beitragsregelung der CDU
14. Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7.11.1984 bis 6.11.1988
15. Sonstige Anträge
16. Europa
17. Schlußwort des Bundesvorsitzenden

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Ministerpräsident Lothar Späth MdL

Beisitzer:

Christoph Böhr

Siegfried Dübel

Jürgen Echternach MdB

Rudolf Friedrich MdL

Minister Wilfried Hasselmann MdL

Hermann Kroll-Schlüter MdB

Parl. Staatssekretär Peter Lorenz MdB

Bezirksvorsitzender Dr. Gerhard Mahler

Landtagspräsident Albrecht Martin MdL

Minister Gerhard Mayer-Vorfelder MdL

Bernd Neumann MdBB

Hans Peter Schmitz MdB

Ingeborg Seitz MdL

Eva Wachter

Parl. Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Landtagsvizepräsidentin Rita Waschbüsch MdL

Kurt Wawrzik MdEP

Minister Dr. Jürgen Westphal MdL

Minister Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 3: Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die Aussprache zu den Berichten (TOP 10) dahingehend zu untergliedern, daß zunächst bei Aufruf von TOP 10 der Parteivorsitzende eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion über die Straffreiheit für Parteispenden abgibt und daß dann darüber eine Aussprache stattfindet, bevor sich daran die allgemeine Aussprache zu TOP 10 anschließt.

Ferner wurde u.a. einstimmig beschlossen, entgegen der ausgedruckten Tagungsfolge TOP 15 erst am Donnerstag, den 10. Mai 1984, nach TOP 12 zu behandeln.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen für Initiativanträge festzulegen:

1. Mittwoch, 9. Mai 1984, 13.30 Uhr

für alle Initiativanträge

zu TOP 13: Änderungen

- des Statuts der CDU
- der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO)
- der Beitragsregelung der CDU

zu TOP 15: Sonstige Anträge

2. Mittwoch, 9. Mai 1984, 18.00 Uhr

für alle Initiativanträge
zu TOP 11/12: Leitantrag des Bundesvorstandes der CDU
"Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation
- Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre"

3. Donnerstag, 10. Mai 1984, 15.00 Uhr

für alle Initiativanträge
zu TOP 16: Europa

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Minister Dr. Heiner Geißler MdB

Stellv. Vorsitzender:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Roland Koch
Minister Birgit Breuel
Senator Ulf Fink
Rolf Kruse MdHB
Gert Hammer
Dr. Renate Hellwig MdB
Peter Jungen
Dr. Egon A. Klepsch MdEP
Gerd Meyer MdL
Alfons Müller MdB
Franz Dormann
Minister Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Dr. Bernt Schulte MdBB
Minister Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB
Erwin Teufel MdL
Christa Thoben MdL
Roswitha Verhülsdonk MdB
Minister Friedrich Vogel MdB
Parl. Staatssekretär Wolfgang Vogt MdB
Heinrich Weiss
Minister Dr. Jürgen Westphal
Minister Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 5: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Hans-Joachim Woelke

Weitere Mitglieder:

Winfried Adams	Gerd Ozimek
Rainer Hascher	Hermann Cordel
Heinz Allendorf	Gerhard Quast
Gerhard Heinze	Uwe Dietrich
Günter Altmann	Joachim Renz
Karl Heißler	Hans Doll
Carl Andresen	Manfred Rohmeyer
Hermann Heitmann	Karl-Heinz Enderes
Johannes Arnold	Jürgen Schick
Hans-Georg Hertkorn	Günther Feldhaus
Alfons Ax	Klaus-Dieter Schlademann
Peter Hülzer	Franz Feldmann
Bernhard Bauer	Kurt Segner
Ulf Körbs	Rolf Figula
Bernhard Beerbaum	Stefan Stinner
Heinz-Josef Körtling	Ferdinand Fleischer
Johannes Bender	Hans-Jochen Wadewitz
Willi Kierdorf	Paul Frech
Adalbert Berthold	Günther Weber
Aribert Kopnarski	Bernhard Garncarz
Horst Brandes	Hubertus Wengler
Reinhard Krischel	Jacob Geditz
Georg Brokelmann	Paul Wildanger
Gerhard Modrow	Gerhard Gerhards
Günter Brummundt	Werner Wolff
Herbert Nolte	Manfred Wynands
Rose Marie Choitz	

Zu TOP 7/10:

Der Bundesparteitag nahm die Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zustimmend zur Kenntnis.

Der Bundesparteitag lehnte nach ausführlicher Diskussion in geheimer Abstimmung Antrag Nr. G 34 der Delegierten Wulff, Böhr und weiterer 28 Delegierter wegen des Gesetzentwurfs über die Straffreiheit für Parteispenden bei 697 abgegebenen Stimmen mit 178 Ja-Stimmen, 478 Nein-Stimmen, 38 Enthaltungen und 3 ungültigen Stimmen ab.

Zuvor erstattete die Mandatsprüfungskommission des 32. Bundesparteitages folgenden Bericht:

„Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Mandatsprüfungskommission hat heute Nachmittag (9. Mai 1984) festgestellt, daß von 781 Delegierten 741 anwesend waren.

Die Stimmen der 30 Delegierten der Exil-CDU werden bei Abstimmungen nach 29 Abs. 2, 3, 5, 6 und 7 unseres Statuts nicht mitgezählt, so daß 711 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind.

Die Überprüfung der Stimmberechtigung hat weiterhin ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist damit beschlußfähig.“

Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8/10: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesminister Dr. Heiner Geißler, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/10: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/12: Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes "Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation - Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre -" in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

I. Präambel

Ziffer 1:

- Annahme von Antrag B 1 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge B 3, B 4, B 5, B 7, B 10, B 11, B 12, B 13, B 14 und B 15 (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
- zugleich Ablehnung von Antrag B 8

II. Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft
Gesellschaftlicher und technischer Wandel

Ziffer 2:

- Annahme von Antrag B 9 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit)

Ziffer 3:

- Annahme von Antrag B 16 (mit überwiegender Mehrheit)

Ziffer 4:

- Annahme der Anträge B 17 und B 18 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit)

Ziffer 5:

- Annahme der Anträge B 19 und B 27 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit)

Ziffer 6:

- Annahme der Anträge B 20 und B 28 (mit großer Mehrheit)

Ziffer 7:

- Annahme von Antrag B 21 (mit großer Mehrheit)

Ziffer 8:

- Annahme der Anträge B 23 und B 24 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit),
- zugleich Ablehnung von Antrag B 25

III. Perspektiven und Ziele

Ziffer 9:

- Annahme der Anträge C 1 und C 4 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge B 26, C 2, C 3, C 5 und C 6

Ziffer 10:

- Annahme von Antrag C 7 (mit großer Mehrheit),
- zugleich Ablehnung von Antrag B 6.
- Antrag C 9 ist durch Annahme von Antrag G 4 erledigt

Ziffer 11:

- Annahme von Antrag C 10 (mit Mehrheit),
- zugleich Erledigung der Anträge C 13, C 14, C 15 und C 81.
- Antrag C 17 ist durch Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 17 erledigt.
- Antrag C 12 ist durch die Beschlußfassung zu Ziffer 122 des Grundsatzprogramms der CDU erledigt

Den Strukturwandel annehmen und gestalten

Ziffer 12:

- Annahme der Anträge C 16 und C 17 in der Fassung der Antragskommission (mit Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge C 18 und C 19

Ziffer 13:

- Annahme der Anträge C 20, C 22, C 24 und C 26 in der Fassung der Antragskommission (mit Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge C 25, C 27 und C 82

Ziffer 14:

- Annahme der Anträge C 28, C 29 und C 30 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit),
- zugleich Erledigung der Anträge C 31 und C 32

Technischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt

Ziffer 15:

- Annahme der Anträge C 33 und C 79 (mit großer Mehrheit),
zugleich Ablehnung von Antrag C 34

Ziffer 16:

- Annahme von Antrag C 35 (mit Mehrheit)

Ziffer 17:

- Annahme der Anträge C 36, C 42, C 43, C 44, C 45, C 46 und
C 47 in der Fassung der Antragskommission (mit Mehrheit),
zugleich Ablehnung von Antrag C 48,
- zugleich Erledigung der Anträge C 37, C 38, C 39, C 40 und C 41

Ziffer 18:

- Annahme von Antrag C 49 (mit Mehrheit)

Ziffer 19:

- Annahme von Antrag C 51 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge C 52 (nach Änderung), C 53 und C 54 (mit Mehrheit)

Ziffer 20:

- Annahme von Antrag C 55 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge C 56 und C 57 (mit Mehrheit)

Neues Verständnis von Arbeit und Wachstum

Ziffer 21:

- Annahme von Antrag C 58 (mit Mehrheit),
zugleich Ablehnung der Anträge B 2, C 60 und C 61,
zugleich Erledigung von Antrag C 59

Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung

Ziffer 22:

- Annahme von Antrag C 62 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge C 63, C 65, C 66, C 67 und C 83 (mit Mehrheit, bei zahlreichen Gegenstimmen),
zugleich Ablehnung von Antrag C 64 und C 84 (C 84 auch erledigt durch Annahme von Antrag G 33)

Ziffer 23:

- Annahme von Antrag C 68 in der Fassung der Antragskommission (mit Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge C 69, C 70, C 71 und C 80

Ziffer 24:

- Annahme der Anträge C 72, C 74 und C 78 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge C 73, C 75 und C 76 (mit Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge B 22 und C 77

IV. Politische Folgerungen

Der Bundesparteitag beschloß mit Mehrheit, die Ziffern 46 und 47 (Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft) nach Ziffer 38 einzuordnen.

Ziffer 25:

- Annahme von Antrag D 2

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Ziffer 26:

- Annahme von Antrag D 3 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung von Antrag D 6 (mit Mehrheit),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 4 und D 5,
- zugleich Einfügung einer neuen

Ziffer 26a

- unter Annahme der Anträge C 21, C 23, D 8 und D 188 in der Fassung der Antragskommission

Ziffer 27:

- Annahme von Antrag D 7 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 9, D 10, D 11, D 12, D 13, D 14, D 15, D 16, D 17, D 19 und D 177 letzter Absatz:
"Um den leistungsfördernden Effekt dieser Korrekturen sicherzustellen, und um die zu Recht gewollte familienpolitische Wirkung zu erreichen, ist zu prüfen, ob beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren sind." (einstimmig),
- zugleich Erledigung von Antrag D 18,
- zugleich Überweisung der Anträge D 20, G 23, G 27 und G 28 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- Antrag D 8 ist durch Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zur neuen Ziffer 26a erledigt.

Ziffer 28:

- Annahme von Antrag D 21 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 22, D 23, D 24, D 25, D

- 26, D 27, D 28 und D 185 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen),
zugleich Erledigung von Antrag D 186

Ziffer 29:

- Annahme von Antrag D 30 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung von Antrag D 29 (einstimmig).
- Antrag D 31 ist durch Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 14 erledigt

Ziffer 30:

- Annahme der Anträge D 32 und D 33 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
zugleich Ablehnung von Antrag D 34,
- zugleich Erledigung von Antrag D 35

Ziffer 31:

- Annahme der Anträge D 36 und D 38 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 37, D 39, D 40 und D 187 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen),
zugleich Ablehnung von Antrag D 41

Ziffer 32:

- Annahme der Anträge C 8 und D 42 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag D 194 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen),
zugleich Erledigung der Anträge D 43 und D 44

Ziffer 33:

- Annahme von Antrag D 45 (einstimmig),
zugleich Ablehnung der Anträge D 46, D 49, D 53 und D 193,
zugleich Erledigung der Anträge D 47, D 48, D 50, D 51 und D 52,
zugleich Annahme von Antrag D 181 in der Fassung der Antragskommission als neue

Ziffer 33a.

Verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und moderne Technik

□

Ziffer 34:

- Annahme von Antrag D 54 (einstimmig),
zugleich Ablehnung von Antrag D 56

Ziffer 35:

- Annahme der Anträge D 57 und D 58 (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
- zugleich Ablehnung von Antrag D 190,
- zugleich Erledigung der Anträge D 59, D 60, D 61 und D 62

Ziffer 36:

- Annahme von Antrag D 63 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 65 und D 66 (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 64 und D 178

Ziffer 37:

- Annahme von Antrag D 67 (einstimmig)

Ziffer 38:

- Annahme von Antrag D 68 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 73 und D 75 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 69, D 70, D 71, D 72, D 74 und D 76,
- zugleich Erledigung der Anträge D 77, D 78, D 79, D 80, D 81 und D 82.
- Antrag D 191 ist erledigt durch Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 48.

Ziffer 39:

- Annahme der Anträge D 83, D 85, D 88, D 89, D 91, D 92, D 93, D 95, D 96 (Absatz 2) und D 97 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 86, D 87, D 90, D 96 (Absatz 1) und D 183
- zugleich Erledigung von Antrag D 189 durch die Beschlußfassung zu den Ziffern 98 ff. des Grundsatzprogramms der CDU,
- zugleich Überweisung der Anträge D 84 und D 94 an den Bundesvorstand der CDU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Ziffer 40:

- Annahme der Anträge D 98, D 99, D 100, D 101, D 102, D 103, D 104, D 105 und D 106 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
- zugleich Erledigung von Antrag D 107

Ziffer 41:

- Annahme der Anträge D 108, D 110, D 111, D 112, D 113, D 114,

- D 115, D116 und D 192 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
zugleich Überweisung der Anträge D 109 und D 184 an den Bundesvorstand der CDU und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Ziffer 42:

- Annahme von Antrag D 117 unter Einbeziehung der Anträge D 118, D 119, D 121, D 122, D 123, D 124, D 125, D 126, D 127, D 128, D 129 und D 182 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 130 und D 131,
- zugleich Überweisung von Antrag D 120 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ziffer 43:

- Annahme der Anträge D 132, D 134, D 135 und D 137 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
- zugleich Erledigung der Anträge D 55, D 136 und D 138,
- zugleich Überweisung von Antrag D 133 an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Reform des Familienlastenausgleichs

Ziffer 44:

- Annahme von Antrag D 139 in der veränderten Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 140, D 141, D 142, D 143, D 144, D 145, D 146, D 147, D 148, D 149, D 150, D 151, D 152, D 153 und D 154 (einstimmig).
- Antrag D 180 ist durch die Beschlußfassung zu Ziffern 33 ff des Grundsatzprogramms der CDU erledigt.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

Ziffer 45:

- Annahme von Antrag D 155 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge D 157 und D 158 (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
- zugleich Überweisung der Anträge D 156 und D 159 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft

Ziffer 46:

- Annahme der Anträge D 160 und D 176 in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Anträge C 50, D 161, D 163, D 164, D 165 und D 166 (mit großer Mehrheit),

- zugleich Erledigung von Antrag D 162 durch Annahme der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag G 1
- zugleich Überweisung von Antrag D 162 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ziffer 47:

- Annahme von Antrag D 167 in der veränderten Fassung der Antagskommission unter Einbeziehung der Anträge D 168, D 169 und D 170 (einstimmig),
- zugleich Überweisung von Antrag D 179 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Internationale Verantwortung

Ziffer 48:

- Annahme von Antrag D 171

Ziffer 49:

- Annahme von Antrag D 172 (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
- zugleich Ablehnung der Anträge D 173 und D 174

V. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

Ziffer 50:

- Annahme von Antrag D 175 (einstimmig)

In der Schlußabstimmung wurde der Leitantrag

“Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation

- Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre -“

einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Die endgültige Fassung des beschlossenen Leitantrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 32. Bundesparteitages.

TOP 13:

Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung Antrag Nr. F 1 des Bundesvorstandes (Änderungen des Statuts der CDU) mit überwältigender Mehrheit bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen an; die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

(Die korrekte Bezeichnung der CDU/CSU-Fraktion des Europäischen Parlamentes lautet:

“CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes“.

Diese amtliche Bezeichnung wird beim Neudruck der Statuten-Broschüre der CDU berücksichtigt).

Der Bundesparteitag stimmte ferner in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen dem Statut der CDU vom 27.4.1960, zuletzt geändert am 25.5.1983, in der Fassung zu, die sich aus den Änderungen des angenommenen Antrages Nr. F 1 ergibt. Die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

Der Bundesparteitag nahm ferner in offener Abstimmung Antrag Nr. F 2 des Bundesvorstandes (Änderungen der Finanz- und Beitragsordnung der CDU - FBO -) einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an; die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

Der Bundesparteitag stimmte ferner in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) vom 17.11.1969 in der Fassung der Änderungen des angenommenen Antrages Nr. F 2 zu. Die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

Der Bundesparteitag stimmte außerdem in offener Abstimmung mit überwältigender Mehrheit bei einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen der Beitragsregelung der CDU vom 23.6.1975, zuletzt geändert am 9.3.1981 in der Fassung zu, die sich aus den Änderungen des angenommenen Antrages Nr. F 3 ergibt.

Zu TOP 14:

Der Bundesparteitag wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 7.11.1984 bis 6.11.1988 folgendes Bundesparteigericht der CDU:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Heinrich Barth, Bonn (Vorsitzender)
Staatssekretär a.D.

Frau Dr. Ilse Becker-Döring, Braunschweig
Rechtsanwältin und Notarin

Dr. Eberhard Kuthning, Schleswig
Präsident des Oberlandesgerichts Schleswig

Dr. Emil Scherer, Mainz
Präsident des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz

Friedrich Wilhelm Siebeke, Düsseldorf
Rechtsanwalt

Stellvertretende Mitglieder:

Karlheinz Keller, Freiburg/Brsg.
Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe sowie Präsident des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg

Dr. Walter Kiwit, Siegburg
Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises

Gerhard Kleineidam, Berlin
Landespolizeidirektor

Helmut Rehborn, Dortmund
Oberstaatsanwalt bei dem Generalstaatsanwalt in Hamm

Dr. Günter Wiechens, Zierenberg/Kassel
Senatspräsident am Hessischen Verwaltungsgerichtshof

Zu TOP 15:

- Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:
- Überweisung von Antrag G 1 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Überweisung von Antrag G 2 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 3 (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 4 (mit großer Mehrheit ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung),
 - Annahme von Antrag G 5 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
 - Überweisung von Antrag G 6 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen),
 - Überweisung von Antrag G 7 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
 - Annahme von Antrag G 8 (mit großer Mehrheit),
 - Annahme der Anträge G 9, G 10 und G 11 in der Fassung der Antragskommission (einstimmig),
 - Annahme der Empfehlung der Antragskommission ("Der Bundesparteitag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Wohngeldleistungen anzupassen.") sowie zugleich Überweisung der gesamten Anträge G 12, G 13 und G 14 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 17 (Absatz 1) in der Fassung der Antragskommission sowie zugleich Ablehnung von Antrag G 15 (Absatz a) und Erledigung der Anträge G 15 (Absatz b), G 16 und G 17 (Absatz 2) (mit Mehrheit),
 - Annahme von Antrag G 18 (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 19 in der Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen),
 - Annahme von Antrag G 10 (einstimmig),
 - Annahme von G 21 (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 22 (einstimmig),
 - Antrag G 23 ist durch die Beschlußfassung zu Ziffer 27 des

- Leitantrages an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen worden,
- Überweisung der Anträge G 24 und G 25 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Überweisung von Antrag G 26 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
 - die Anträge G 27 und G 28 sind durch die Beschlußfassung zu Ziffer 27 des Leitantrages an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen worden,
 - Überweisung von Antrag G 29 an den Bundesvorstand der CDU und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen),
 - Überweisung von Antrag G 30 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Überweisung von Antrag G 31 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Überweisung von Antrag G 32 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 33 (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 35 in der veränderten Fassung der Antragskommission (einstimmig),
 - Annahme von Antrag G 36 in der veränderten Fassung der Antragskommission (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen),
 - Überweisung der Ziffern 1, 3, 4 und 5 von Antrag G 37 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Erledigung von Ziffer 2 dieses Antrags durch die Annahme der Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen G 9, G 10 und G 11 (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
 - Überweisung von Antrag G 39 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme),
 - Überweisung von Antrag G 40 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit Mehrheit),
 - Überweisung von Antrag G 41 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung),
 - Überweisung von Antrag G 42 in der Fassung der Antragskommission an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (mit Mehrheit bei zahlreichen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen),
 - Ablehnung von Antrag G 43 (mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen).

Der Wortlaut der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zu der Niederschrift des 32. Bundesparteitages.

Der Bundesparteitag nahm ferner in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen nachfolgenden Antrag G 44 des Bundesvorstandes und des Tagungspräsidiums an:

“Der 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erklärt sich mit dem Friedensnobelpreisträger

Andrej Sacharow und seiner Frau, Jelena Bonner, solidarisch und appelliert an die Staats- und Parteiführung der Sowjetunion, der erkrankten Frau die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten.

Es ist ein Akt der Menschlichkeit, einer Frau, deren Gesundheitszustand äußerst bedroht ist, die dringend erforderliche ärztliche Behandlung im Ausland zu gewähren und ihren sehnlichsten Wunsch zu erfüllen, ihre Kinder und Enkel wiederzusehen.

Unsere Solidarität gilt Andrej Sacharow, der die Forderung seiner Frau mit einem Hungerstreik unterstützt.

Wir bitten die sowjetische Staats- und Parteiführung, der Frau Andrej Sacharows, Jelena Bonner, als selbstverständlichen Akt der Menschlichkeit die Ausreise zu genehmigen.“

Zu TOP 16: Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung zu "Europa" folgende Beschlüsse:

- Annahme von Antrag E 1 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen),
- Überweisung von Antrag E 2 an den Bundesvorstand der CDU (einstimmig),
- Annahme von Antrag E 3
"Aufruf der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984"
(einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen).
Durch eine Protokollnotiz zur Niederschrift des 32. Bundesparteitages ist Antrag E 6 erledigt.
- Überweisung von Antrag E 4 an den Bundesvorstand der CDU, die Europäische Volkspartei (EVP) und an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen),
- Überweisung von Antrag E 5 (Absatz 2) in der Fassung der Antragskommission an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zugleich Erledigung von Antrag E 5 (Absatz 1) durch Annahme von Antrag E 3 (mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen),
- Annahme von Antrag E 7 (mit großer Mehrheit mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen).

AUFRUF DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 17. JUNI 1984

Am 17. Juni 1984 wählen die Deutschen ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament. Mit der Wahl entscheiden die Bürger, wie es in Europa weitergeht.

Nur ein geeintes Europa ist Herr seiner politischen Zukunft. Nur ein starkes, einiges und im Atlantischen Bündnis verankertes Europa kann den Frieden in Freiheit und seine demokratische Ordnung schützen. Nur im europäischen Rahmen können wir Menschenrechte und Freizügigkeit erhalten und Arbeit, Wohlstand und die natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Auch der Umweltschutz ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Wir Christlichen Demokraten wollen Europa und wir wollen offene Grenzen und freien, ungehinderten Verkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Die Bürger wollen nicht nur über Europa reden. Sie wollen Europa erleben. Europa im Alltag.

Die politischen Schwierigkeiten dürfen uns nicht den Blick für das große Ziel verstellen. Und dieses Ziel ist von Adenauer bis heute unverändert: die Einigung des Europas.

Europa sichert Frieden und Freizügigkeit

Die Europäische Gemeinschaft war von Anfang an eine Wertegemeinschaft. Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sind die Grundlagen Europas. Versöhnung über die Grenzen hinweg, Verständigung über Verschiedenheiten hinweg, eine demokratische Zusammenarbeit, die die Vielfalt erhält und die Gemeinsamkeiten stärkt - dies sind die Bausteine für die europäische Einigung.

Neinsagerei und Verweigerungsmentalität bauen nichts auf und zerstören viel. Neutralismus und nationalistische Alleingänge sichern den Frieden nicht, sondern isolieren uns und schwächen damit unsere Sicherheit. Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West. Unsere europäischen und atlantischen Partner können sich auf die Geradlinigkeit und Berechenbarkeit deutscher Politik verlassen. Das Nordatlantische Bündnis hat uns vierzig Jahre Frieden in Freiheit gesichert. Die Europäische Gemeinschaft und das Bündnis sind das Fundament unserer freiheitlichen Zukunft.

- Die Europäische Gemeinschaft muß mit einer Stimme sprechen, wenn sie in der Welt von morgen gehört werden will. Die Außenpolitik muß zu einer echten Gemeinschaftsaufgabe werden.
- Das westliche Bündnis muß stark und handlungsfähig sein, um den Frieden in Freiheit zu sichern. Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist und bleibt das Kernstück der Allianz. Die Europäische Gemeinschaft und die USA arbeiten politisch und wirtschaftlich in gleichberechtigter Partnerschaft zusammen. Der europäische Pfeiler der NATO muß gestärkt werden.
- Europa muß seinen Beitrag im Kampf gegen Hunger, Armut und Gewalt leisten. Wir wollen den Menschen der Dritten Welt helfen, sich wirtschaftlich und sozial zu entwickeln. Der gemeinsame Markt muß für die Produkte der

Entwicklungsländer offen sein. Die Menschenrechte, die für uns im freien Europa selbstverständlich geworden sind, sind ein Lebensrecht aller Menschen.

Die Sicherung des Friedens ist auch eine europäische Aufgabe. Der Wahltermin des 17. Juni erinnert daran: Die Spaltung der deutschen Nation teilt auch Europa. Nur im europäischen Rahmen und mit Unterstützung aller Europäer wird sich die Teilung unseres Vaterlandes überwinden lassen. Wir brauchen das europäische Dach für die Lösung der nationalen Frage. Wir sind aufgerufen, mit friedlichen Mitteln die Einheit in Freiheit zu vollenden - in Deutschland und in Europa.

Auf dem Weg zum großen Ziel der Vereinigten Staaten von Europa sind bereits gute Fortschritte gemacht worden. Heute sind die Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft weniger trennend als im Deutschland der Kleinstaaten vor 1871. Es gibt viel Freizügigkeit, aber auch noch zu viele politische, gesetzliche und bürokratische Hindernisse. Die CDU arbeitet für ein Europa ohne Schlagbäume.

- Wir wollen den europäischen Paß als Ausdruck der Freizügigkeit. Die Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft müssen abgeschafft werden.
- Wir sind für eine gemeinsame Planung und Finanzierung der großen europäischen Verkehrswege auf Straße, Schiene und Wasser. Wir brauchen eine gemeinschaftliche Straßenverkehrsordnung. Wir wollen den europäischen Führerschein. Wir fordern die Abschaffung der Autobahngebühren in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.
- Wir möchten den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen in der Europäischen Gemeinschaft verstärken. Wer sich kennenlernt, lernt sich besser zu verstehen. Wer den Nachbarn besucht, kommt dessen Kultur, Geschichte und Lebensart näher.

Europa sichert Wohlstand und Arbeit

Die Europäische Gemeinschaft hat den Menschen in den letzten Jahrzehnten steigenden Wohlstand gebracht. Mit der Freizügigkeit des Warenverkehrs wurde ein Absatzmarkt geschaffen, den gerade die Bundesrepublik Deutschland als rohstoffarmes, exportabhängiges Industrieland braucht. Dieser Markt hat unserem Land viele Arbeitsplätze gesichert.

Die Europäische Gemeinschaft umfaßt nach Wirtschaftskraft, Bruttosozialprodukt und Bevölkerungszahl das größte Wirtschaftspotential der Welt. Seit über einem Jahrzehnt verändert sich jedoch die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung grundlegend: Schwellenländer bieten industrielle Erzeugnisse zu Preisen an, gegen die die Industrieländer Europas immer weniger konkurrieren können. Gleichzeitig entstehen neue Wachstumsmärkte für hochentwickelte Technologien wie Mikroelektronik, Kommunikationstechnik oder Biotechnologie. Die Richtung und die Geschwindigkeit dieses technologischen Fortschritts wird zunehmend im pazifischen Raum, insbesondere in den USA und in Japan bestimmt.

Der notwendige Strukturwandel wurde in Europa vielfach versäumt. Die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit waren die Folge.

Europa darf nicht versuchen, den weltwirtschaftlich-technologischen Herausforderungen mit protektionistischen Maßnahmen und Subventionswettläufen zu begegnen. Nur ein offener Markt mit freiem Welthandel fördert Investitionen, Forschung, Innovationen und schafft neue Märkte und neue Arbeitsplätze.

- Bürokratische Erschwernisse im grenzüberschreitenden Verkehr, die jedes Jahr mehr als 30 Milliarden DM kosten, sowie Wettbewerbs- und Handelshemmnisse müssen abgebaut und die Steuern harmonisiert werden.
- Staatliche Einrichtungen und private Unternehmen sollen bei Forschung und technischer Entwicklung besser zusammenarbeiten.
- Normen, Sicherheitsbestimmungen und technische Anforderungen müssen aufeinander abgestimmt werden, um die Marktchancen neuer Produkte und Verfahren (z.B. umweltfreundliche Technologien) auf europäischer Ebene zu verbessern.
- Die Wirtschafts- und Währungsunion soll vollendet werden. Wir sind für gemeinschaftliche Mindestnormen für Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen und Verbraucherschutz.
- Die Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen müssen in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gezielt verbessert werden. Klein- und Mittelbetriebe sind die Hauptträger des wirtschaftlich-technischen Fortschritts. Sie haben eine Schlüsselstellung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Die Wirtschaftsordnung der Europäischen Gemeinschaft muß zur Sozialen Marktwirtschaft fortentwickelt werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm auch für Europa, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt.

Europa sichert eine natürliche Umwelt

Alle Bürger Europas haben Anspruch auf eine gesunde Umwelt. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung gehört die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen. Eine gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung, der Zerfall von Kunst- und Bauwerken, verschmutzte Flüsse, ungelöste Entsorgungsprobleme, die mit Öl verschmutzten Meere sowie das Ausmaß der Waldschäden erfordern sofortiges Handeln.

Die Regierung Helmut Kohl hat sofort nach der Amtsübernahme für den Umweltschutz nachgeholt, was jahrelang versäumt wurde: Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, Verbesserung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Vorbereitungen zur Einführung bleifreien Benzins und Finanzierung wichtiger Forschungsprojekte für sauberes Wasser und reine Luft.

Umweltschutz für Deutschland ist auch Umweltschutz für Europa. Umweltprobleme machen vor keiner Grenze halt. Nur das Zusammenwirken aller Industriestaaten

kann zum vollen Erfolg führen. Die Bundesregierung hat deshalb zu einer großen internationalen Umweltkonferenz im Juni 1984 nach München eingeladen.

Gemeinsam und grenzüberschreitend wollen wir die natürlichen Lebensgrundlagen sichern:

- Die Europäische Gemeinschaft muß die Richtlinie zur Bekämpfung der Luftverunreinigungen durch Industrieanlagen alsbald verabschieden. Eine gemeinsame Richtlinie zur Emissionsbegrenzung bei Großfeuerungsanlagen muß ausgearbeitet werden. Die Grenzwerte für Kfz-Abgase müssen EG-einheitlich herabgesetzt und bleifreies Benzin sollte überall in der Europäischen Gemeinschaft eingeführt werden.
- Die Einleitung von Abwässern und Schadstoffen in die Flüsse muß auch durch europäische Vereinbarungen verringert werden. Rhein, Elbe und Werra müssen wieder sauber werden. Die Verschmutzung der Meere, insbesondere der Nordsee, muß durch europäische Überwachungsmaßnahmen bekämpft werden. Die Beseitigung von Giftstoffen und verschmutzenden Substanzen auf hoher See ist zu unterbinden. Diesen Zielen dient auch die Einladung der Bundesregierung zur Internationalen Nordseeschutz-Konferenz im Oktober 1984 in Bremen.
- Umweltkriminalität soll national und europäisch konsequent geahndet werden. Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfreundliche Produktionsverfahren müssen sich auch wirtschaftlich lohnen. Die Umweltschutz-Bestimmungen in der Gemeinschaft müssen soweit angeglichen werden, daß Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Eine gesunde Umwelt braucht eine gesunde Wirtschaft. Eine gesunde Wirtschaft braucht eine gesunde Umwelt.

Wir müssen die Umwelt vorausschauend schützen, bevor wir die Schäden nur noch registrieren und gelegentlich reparieren können.

Die Europäische Einigung sichert unsere Zukunft

Die CDU will die politische Union Europas. Ohne sie bleibt die Europäische Gemeinschaft Stückwerk. Nur durch die Europäische Union können unsere Völker aus eigener Kraft ihre Zukunft in Freiheit und Frieden sichern. Für uns ist ein vereintes Europa eine Vision, der wir Schritt für Schritt näher kommen.

Ein großer Erfolg auf diesem Weg ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Wir verlangen für diese gemeinsame Volksvertretung von 270 Millionen Bürgern der Europäischen Gemeinschaft mehr Rechte. Das Parlament muß Gesetzgebungsbefugnisse und uneingeschränkte Haushaltsrechte erhalten.

- Die CDU unterstützt die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in einen Bundesstaat, die Europäische Union.
- Wir sind für die Verabschiedung einer europäischen Verfassung. Der Ministerrat muß sich wieder von gemeinsamen europäischen Interessen leiten lassen

und auch die vertraglich vorgesehenen Mehrheitsbeschlüsse fassen. Die Kommission muß eine treibende Kraft für die Einigung Europas sein.

Bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984 geht es um Europas Zukunft, um unsere Zukunft.

Wir Deutschen sind von den Entwicklungen in Europa unmittelbar betroffen. Wir deutschen und europäischen Christlichen Demokraten - zusammengeschlossen in der Europäischen Volkspartei (EVP) - müssen im Europäischen Parlament stark sein, um Freiheit, Partnerschaft, Frieden und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern.

CDU - Aufwärts mit Deutschland -
Mit uns für Europa

Beschluß F 1

Der 32. Bundesparteitag hat das Statut der CDU vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 25. Mai 1983, wie folgt geändert:

1. § 29 Abs. 4 Statut erhält folgende Fassung:

(4) Er nimmt die Berichte des Bundesvorstandes, darunter den gesetzlichen Rechenschaftsbericht der Partei, sowie der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages und der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes entgegen und faßt über sie Beschluß.

2. An § 35 Statut wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

(4) Die Landesverbände, die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände sowie die Vereinigungen und Sonderorganisationen der Partei auf allen Organisationsstufen haften gegenüber der Bundespartei im Innenverhältnis, wenn sie durch ein von ihnen zu vertretendes Fehlverhalten Maßnahmen nach § 23 a Abs. 1 Parteiengesetz verursachen, die von dem Präsidenten oder dem Präsidium des Deutschen Bundestages oder einer gesetzlich sonst zuständigen Stelle gegen die Bundespartei ergriffen werden. Die Bundespartei kann ihre Schadenersatzansprüche mit Forderungen der vorgenannten Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen verrechnen.

3. § 46 Statut erhält folgende Neufassung:

§ 46 (Finanzwirtschaft der Bundespartei)

(1) Einnahmen und Ausgaben der Bundespartei müssen für einen Zeitraum von vier Jahren ohne Inanspruchnahme von Krediten im Gleichgewicht sein. Die Finanzwirtschaft der Bundespartei folgt den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung. Der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister haben die dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen.

(2) Der Etat wird vom Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister mit Zustimmung des Vorsitzenden aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen. Die Etats der Vereinigungen bedürfen der Zustimmung des Generalsekretärs.

(3) Der Bundesschatzmeister ist berechtigt, zur Finanzierung der planmäßigen Ausgaben Kassenkredite aufzunehmen; diese sind spätestens bis zum Ende des Rechnungsjahres, in dem sie aufgenommen worden sind, zurückzuzahlen. Andere Kredite bedürfen der Zustimmung des Bundesvorstandes.

(4) Über Herkunft und Verwendung der Mittel, die der Bundespartei innerhalb eines Kalenderjahres (Rechnungsjahr) zugeflossen sind, sowie über das Vermögen der Bundespartei ist im Rechenschaftsbericht öffentlich Rechenschaft zu geben.

(5) Das Nähere regelt die Finanz- und Beitragsordnung (FBO), die Bestandteil des

Statuts der CDU ist und den Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechen muß.

(6) In die Satzungen der nachgeordneten Gebietsverbände der CDU, der Vereinigungen und der Sonderorganisationen sind Bestimmungen aufzunehmen, die den Absätzen 1 bis 4 entsprechen und deren Einhaltung gewährleisten.

Beschluß F 2

Der 32. Bundesparteitag hat die Finanz- und Beitragsordnung (FBO) vom 17. November 1969 wie folgt geändert:

1. § 1 FBO erhält folgende Neufassung:

§ 1 (Ausgabendeckung)

Einnahmen und Ausgaben aller Organisationsstufen der CDU, ihrer Vereinigungen und der Sonderorganisationen müssen in einem finanzwirtschaftlichen Gleichgewicht stehen. Die Vorstände sind verpflichtet, bei ausgabenwirksamen Beschlüssen auch über die Deckung der Ausgaben zu beschließen.

2. Der frühere § 2 (Beiträge) wird ersetzt durch:

§ 2 (Rechenschaftsbericht)

(1) Der Rechenschaftsbericht besteht aus einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie einer Vermögensrechnung. In den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei sind die Rechenschaftsberichte jeweils getrennt nach Bundespartei und Landesverband sowie die Rechenschaftsberichte der nachgeordneten Gebietsverbände je Landesverband aufzunehmen. Die Landesverbände haben die Teilberichte der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände gesammelt bei ihren Rechenschaftsunterlagen aufzubewahren.

(2) Einnahmen sind:

1. Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge,
2. Einnahmen aus Vermögen,
3. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei,
4. Einnahmen aus Spenden,
5. Einnahmen aus dem Chancenausgleich,
6. Einnahmen aus der Wahlkampfkostenerstattung,
7. Zuschüsse von Gliederungen,
8. sonstige Einnahmen.

(3) Ausgaben sind:

1. Personalausgaben,
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes,
3. Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit und Information,
4. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen,
5. Zuschüsse an Gliederungen,

6. Zinsen,
7. sonstige Ausgaben.

4) Die Vermögensrechnung umfaßt:

1. Besitzposten

I. Anlagevermögen

1. Haus- und Grundvermögen
2. Geschäftsstellenausstattung
3. Finanzanlagen

II. Umlaufvermögen

1. Beitragsforderungen
2. Forderungen auf Erstattung von Wahlkampfkosten
3. Forderungen auf Chancenausgleich
4. Geldbestände
5. sonstige Vermögensgegenstände

2. Schuldposten

I. Rückstellungen

II. Verbindlichkeiten

1. Beitragsverbindlichkeiten
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
3. sonstige Verbindlichkeiten

III. Reinvermögen (positiv oder negativ).

(5) Die wahlkampfbezogenen Kosten einer jeden Wahl sind nach Absatz 3 gegliedert und unabhängig von den Rechnungsjahren insgesamt gesondert auszuweisen und den nach Absatz 2 gegliederten wahlkampfkostenbezogenen Einnahmen gegenüberzustellen.

(6) Die Partei kann dem Rechenschaftsbericht, insbesondere einzelnen seiner Positionen, kurzgefaßte Erläuterungen beifügen.

Der führung § 3 (Sonstige Einnahmearten) wird ersetzt durch:

§ 3 (Spenden)

(1) Die Partei ist berechtigt, Spenden anzunehmen. Ausgenommen hiervon sind:

1. Spenden von politischen Stiftungen,
2. Spenden von Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen (§ 51 bis 68 der Abgabenordnung),
3. Spenden von außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, es sei denn, daß
a) diese Spenden aus dem Vermögen eines Deutschen im Sinne des Grundgesetzes

oder eines Wirtschaftsunternehmens, dessen Anteile sich zu mehr als 50 vom Hundert im Eigentum von Deutschen im Sinne des Grundgesetzes befinden, unmittelbar einer Partei zufließen,

b) es sich um Spenden handelt einer ausländischen Partei, die im Europäischen Parlament vertreten ist, deren Fraktion im Europäischen Parlament oder eines ausländischen Mitgliedes des Europäischen Parlaments oder

c) es sich um eine Spende eines Ausländers von nicht mehr als 1.000 Deutsche Mark handelt,

4. Spenden von Berufsverbänden, die diesen mit der Maßgabe zugewandt wurden, sie an eine politische Partei weiterzuleiten,

5. Spenden, soweit sie im Einzelfall mehr als 1.000 Deutsche Mark betragen und deren Spender nicht feststellbar sind oder erkennbar nur die Spende nicht genannter Dritter weiterleiten,

6. Spenden, die erkennbar in Erwartung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden.

(2) Spenden an die Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 20.000 Deutsche Mark übersteigt, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

(3) Nach Absatz 1 Satz 2 unzulässige Spenden sind von der Partei unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

4. Hinter § 3 neu (Spenden) wird folgender § 3 a (neu) eingefügt:

§ 3 a (Spendenrichtlinien)

(1) Spenden und sonstige Zuwendungen an die Partei, auch über Amts- und Mandatsträger der Partei oder Wahlbewerber, dienen der Finanzierung der staatspolitischen Aufgaben der Partei. Spenden sind abzulehnen, wenn ersichtlich ist, daß der Spender persönliche Vorteile damit verfolgt.

(2) Alle Spenden sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen einzunehmen und öffentlich zu verzeichnen (§§ 24, 25 PartG).

(3) Spenden, die nicht unmittelbar dem Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband oder der Bundespartei zugehen, sind unverzüglich dem Kreisverband, dem der Empfänger angehört, anzuzeigen und mit ihm abzurechnen.

Spendenquittungen dürfen nur ausstellen der Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband und die Bundespartei. Alle übrigen Empfänger von Spenden, einschließlich Vereinigungen, Gemeinde- und Ortsverbände sowie Amts- und Mandatsträger und Wahlbewerber, sind zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen nicht berechtigt. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden ist nur gewährleistet, wenn die Spendenquittungen von Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband oder Bundespartei ausgestellt sind.

(4) Als Spendenbescheinigung dürfen ausschließlich die von der Bundespartei

ausgegebenen und durchnummerierten Vordrucke verwendet werden (Beitrags-/Spenden-Bescheinigungs-Muster entsprechend Einkommensteuerrichtlinien). Sie sind zu unterschreiben vom Vorsitzenden, Schatzmeister, dessen Beauftragten oder dem Geschäftsführer.

Die Gliederungen der Partei haben die Pflicht, die Durchschriften zu sammeln und entsprechend den steuerlichen Bestimmungen aufzubewahren. Auch unbrauchbar gewordene Spendenvordrucke sind zu sammeln und aufzubewahren.

Die Landesverbände werden sich in Stichproben von der Ordnungsmäßigkeit der Spendenverwaltung mindestens einmal im Jahr im Rahmen der Prüfung der Rechenschaftsberichte der Gliederungen der Partei überzeugen.

(5) Die Landesverbände können zur Durchführung dieser Richtlinien ergänzende Organisationsregelungen treffen.

5. In § 4 (Mitgliedsbeiträge) wird Abs. 1 wie folgt neu gefaßt:

(1) Der Bundesparteitag beschließt über die Beitragsregelung.

6. § 5 (Sonderbeiträge) erhält folgende Neufassung:

Die Landesverbände regeln in eigener Verantwortung, ob und in welcher Höhe die Amts- und Mandatsträger der CDU weitere Beiträge leisten.

7. § 10 (Hausverein) wird wie folgt neu gefaßt:

Der treuhänderischen Verwaltung von Liegenschaften der CDU-Bundespartei sowie der Vertretung von deren Interessen in Grundstücksangelegenheiten dient ein Hausverein, der im Vereinsregister eingetragen ist. Er besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums. Vorsitzender ist der Bundesschatzmeister oder ein von ihm bestellter Vertreter. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch den Bundesvorstand.

8. In § 11 (Union-Betriebs-GmbH) Abs. 1 wird Satz 3 wie folgt neu gefaßt:

Gesellschafter können nur die Mitglieder des Präsidiums, deren Beauftragte, der Bundesgeschäftsführer, die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Bundesvereinigungen sein.

In Abs. 3 wird Satz 2 wie folgt neu gefaßt:

Es kann ein Aufsichtsrat (§ 52 GmbHG) gebildet werden, dessen Vorsitzender der Bundesschatzmeister oder ein von ihm bestellter Vertreter ist.

In Abs. 4 wird Satz 2 wie folgt neu gefaßt:

Der Bundesschatzmeister oder ein von ihm bestellter Vertreter gehört deren Aufsichtsräten an, falls solche gebildet werden.

9. In § 12 ((Vermögensträger nachgeordneter Organisationen) wird Abs. 3 wie folgt neu gefaßt:

(3) Der Bundesschatzmeister oder ein von ihm bestellter Vertreter kann an allen Sitzungen der Aufsichtsgremien der von den Landesverbänden, den Vereinigungen und Sonderorganisationen unterhaltenen Wirtschaftsunternehmungen und sonstiger Vermögensträger teilnehmen. Er kann sich jederzeit über deren Vermögensstand und Geschäftslage unterrichten.

10. § 16 (Einvernehmen bei Etats der Vereinigungen) wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 wird zu Absatz 1; im Klammer-Zitat wird "Satz 3" ersetzt durch "Satz 2".
2. Es wird folgender neuer Absatz 2 angefügt:

Die in § 18 Abs. 2 bis 4 FBO enthaltenen Zuständigkeiten und Rechte des Bundesschatzmeisters und des Generalsekretärs der Partei gelten auch unmittelbar gegenüber den Bundesvereinigungen und deren Etats.

11. § 19 (Rechenschaftsberichte) wird wie folgt geändert:

Die Absätze 1 und 2 werden durch folgenden neuen Absatz 1 ersetzt:

(1) Der Bundesschatzmeister legt jährlich dem Bundesvorstand den Rechenschaftsbericht der Partei vor, der deren Einnahmen und Ausgaben, die Vermögensrechnung sowie weitere gesetzlich geforderte Angaben enthält. Der Bundesvorstand beschließt über den Rechenschaftsbericht. Der Rechenschaftsbericht wird den beiden vom Bundesparteitag gewählten Rechnungsprüfern zur Prüfung und Berichterstattung vorgelegt.

Es wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

(2) Der Rechenschaftsbericht der Partei muß den Vorschriften des Sechsten Abschnittes des Parteiengesetzes sowie etwaigen weiteren gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

12. § 20 (Rechnungslegung) wird wie folgt geändert:

In Abs. 1 Satz 1 ist hinter dem Wort "Ausgaben" einzufügen:

"sowie sein Vermögen"

An § 20 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

(3) Der Bundesschatzmeister kann im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzausschuß nähere Einzelheiten bestimmen hinsichtlich

1. der Buchführungsorganisation,
2. der Vereinnahmung, Abrechnung, Meldung, Weiterleitung und Bescheinigung von Spenden.

Beschluß F 3

Der 32. Bundesparteitag hat die Beitragsregelung vom 23. Juni 1975, geändert am 9.

März 1981, wie folgt geändert:

1. Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig Beiträge zu entrichten.
2. Die Höhe der Beiträge ergibt sich im einzelnen durch Selbsteinschätzung des Mitglieds.
3. Für die Selbsteinschätzung gilt folgende vom Bundesparteitag beschlossene Tabelle:

monatliches Nettoeinkommen monatlicher Beitrag
in DM in DM

bis 1.500,--; 5,-- bis 8,--
1.500,-- bis 3.000,--; 8,-- bis 30,--
3.000,-- bis 6.000,--; 30,-- bis 100,--

Sonstige Beschlüsse

Beschluß E 1

Die CDU-Mitglieder in der Bundesregierung, im Bundestag und im Bundesrat werden aufgefordert, sich einzusetzen

1. für freien Grenzverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, damit die europäischen Bürger beim Grenzübertritt spüren, daß sie in einer Gemeinschaft leben. Die Paß- und Kofferraumkontrollen sollen entfallen, damit die Grenze ungehindert passiert werden kann.
2. für freien Handelsverkehr - ohne bürokratische Hemmnisse! Verzögerungen und bürokratische Barrieren beim Im- und Export, vor allem auch technische Handelshemmnisse und die Formularflut an der Grenze sind abzubauen.
3. für die Verlagerung der Kontrollen an die Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft!
Die Sicherheits- und Zollkontrollen sind an die Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft zu verlegen. Eine gemeinsame Zollverwaltung ist kurzfristig aufzubauen.
4. Wenn die Hindernisse für den Reise- und Handelsverkehr nicht kurzfristig an allen Binnengrenzen der Gemeinschaft beseitigt werden können, sollen nach dem Muster der Beneluxverträge, die bereits einen weitgehenden Verzicht auf Grenzkontrollen beinhalten, schnellstmöglich zwischen Frankreich, den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik Deutschland und denjenigen Mitgliedstaaten der EG, die dazu bereit sind, weitere Schritte zur Verwirklichung des freien Reise- und Handelsverkehrs getan werden.

Beschluß E 7

Europa sichert eine gesunde und preiswerte Ernährung für 300 Millionen Menschen.

Die gemeinsame europäische Agrarpolitik ist Wegbereiter und Klammer der europäischen Einigung. Das agrarpolitische Leitbild der CDU ist der bäuerliche Familienbetrieb, und zwar als Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb. Er ist Grundlage unserer Agrarpolitik im nationalen Bereich wie in der Europäischen Gemeinschaft. Die CDU tritt für eine Agrarpolitik ein, die für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen die Lebensbedingungen verbessert, ihre Einkommen sichert, die soziale Sicherheit der bäuerlichen Familien gewährleistet, den ländlichen Raum als Lebenskreis eines großen Teil unserer Bevölkerung erhält, die natürliche Umwelt für künftige Generationen bewahrt und die Verbraucher mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen versorgt.

Beschluß G 44

Der 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erklärt sich mit dem Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seiner Frau, Jelena

Bonner, solidarisch und appelliert an die Staats- und Parteiführung der Sowjetunion, der erkrankten Frau die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten.

Es ist ein Akt der Menschlichkeit, einer Frau, deren Gesundheitszustand äußerst bedroht ist, die dringend erforderliche ärztliche Behandlung im Ausland zu gewähren und ihren sehnlichsten Wunsch zu erfüllen, ihre Kinder und Enkel wiederzusehen.

Unsere Solidarität gilt Andrej Sacharow, der die Forderung seiner Frau mit einem Hungerstreik unterstützt.

Wir bitten die sowjetische Staats- und Parteiführung, der Frau Andrej Sacharows, Jelena Bonner, als selbstverständlichen Akt der Menschlichkeit die Ausreise zu genehmigen.

Namensverzeichnis

- Alber 392
Albrecht 142, 230
Arentz 291
- Bauer 97
Biedenkopf 175, 223, 232
Bismarck 401
Blüm 159
Böhr 82, 283, 317, 333
Breuel 221, 240
Brok 309, 396
Bueren 329
Burggraf 272 f.
- Czaja 215, 327
- Doppmeier 310 ff., 321
Dormann 88, 219
Doss 284
Dregger 41
Dübel 332 ff.
- Echternach 175 ff.
- Faust 274
Fink 305
Fischer 237
Franz 407
Früh 388
- Geil 286, 306
Geißler 119, 278, 322
Giersberg 97, 332
Göhner 89
- Haarmeyer 279
Hachmüller 319
Hahn 408
Hasselmann 55 ff.
Hauser 208, 276, 285
Heinzel 100
Hellwig 215, 240, 267, 406, 408
Henselder-Barzel 390
Hieke 265
- Jansen 405
Jungen 273, 288
- Kerssenbrock 103
Kiep 104
Klapheck 275, 291
- Klepsch 373
Koch 101, 216, 235, 254
Kohl 5, 17, 77, 268, 411
Köhler 235
Köppinger 258
Kroll-Schlüter 188 ff., 303
Kruse 287, 307 f.
Kues 107
- Lamers 117
Lammert 206, 251
Langes 395
Langner 219
Laurien 297, 308
Lenz 234, 400
Limbach 316
Lorenz 204 ff.
Luster 399
- Mahler 218 ff.
Martin 40 ff., 99, 197
Mayer-Vorfelder 15 ff.
Merz 321
Müller 298 ff.
- Narjes 385
Neumann 230 ff.
- Penther 109
Pfennig 387
Pieroth 210
Pinger 240
Pöttering 403
- Rahardt 318
Riesenhuber 201
Ringwald 289
Rinsche 393
Ritz 265
Rommel 13
- Sauter 314
Scharrenbroich 271, 296 f.
Schmandt 282
Schmitz 273 ff.
Schreiber 299
Schröder 320
Schulte 290
Schwarz-Schilling 294, 409
Seitz 287 ff.
Siebeke 218
Soenius 249

Späth 9, 15, 51 ff., 76 ff.,
117 ff., 189, 226, 238, 409
Stoltenberg 93, 136, 261
Strauß 55

Thoben 336
Tindemans 379
Tourrain 397

Verhülsdonk 330
Vogel 53
Vogt 311

Wachter 309 ff.
Waffenschmidt 132 ff.
Wagner 253
Wallmann 85
Wartenberg 256

Waschbüsch 302, 385 ff., 410
Wawrzik 373 ff.
Weirich 292
Westphal 220, 277, 287
Westphalen 315
Wex 212
Wilhelm 300
Wilms 204
Wissmann 199
Wogau 404
Worms 133, 335
Wulff 91

Zeitel 275
Zeyer 172a,225

INHALT	Seite
Eröffnung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlußfassung über die Tagesordnung	9
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	13
Wahl der Stimmzählkommission	13
Grußworte	13/15/55/379/397
Rede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	17
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger	40
Aussprache zu den Berichten	77
Leitantrag des Bundesvorstandes Einführung durch den Generalsekretär der CDU Bundesminister Dr. Heiner Geißler	118
Aussprache und Beschlußfassung des Leitantrages	136
Änderungen - des Statuts der CDU - der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) - der Beitragsregelung der CDU	53
Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU. für die Zeit vom 7.11.1984 bis 6.11.1988	51
Sonstige Anträge	309
Beratung des Wahlaufrufs der CDU zur Europawahl	373
Schlußwort des Bundesvorsitzenden	411

Anhang

Beschlußprotokoll	417
Beschlüsse	
- Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre	341
- Wahlauf Ruf der CDU zur Europawahl	433
- Beschlüsse zur Änderung des Statuts usw.	438
- Sonstige Beschlüsse	445
Namensverzeichnis	447

Durch einen technischen Fehler ist der folgende Text in der Niederschrift vom 2. Tag zwischen den Seiten 172 und 173 nicht abgedruckt worden.

Meine Damen und Herren, es ist ein hohes Gut, den Charakter der Volkspartei zu bewahren, gleichzeitig aber das wirtschaftspolitisch Richtige zu tun. Das wirtschaftspolitisch Richtige zu tun setzt voraus, daß dieser Leitantrag mit einer Reihe von Ergänzungen und Änderungsanträgen angenommen wird und daß wir uns nach dem Parteitag engagieren, d. h. wir müssen diesen Leitantrag dann auch verkaufen, wir müssen ihn draußen umsetzen und das Ergebnis der langen Beratungen der letzten Monate in die konkrete Praxis umsetzen. Wir müssen deutlich machen, welche Position die Union einnimmt.

Meine Damen und Herren, wir müssen für die Unterstützung dieses Konzepts der Union in all den Bereichen werben, in denen wir tätig sind. Das gilt für die Wirtschaft genauso wie für andere Bereiche. Wir müssen werben für diese Volkspartei und für die Politik dieser Regierung und ihres Bundeskanzlers. Je geschlossener wir diese Anträge behandeln und in grosso modo auch annehmen, desto eher wird deutlich, daß die Union die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft zu ihrem Ziel erklärt hat. Dann wird eben deutlich, daß die Wende nicht eine Veranstaltung der Regierung alleine ist, sondern daß die Wende in Wirklichkeit eine ordnungspolitische Wende ist, mit der die Union unmittelbar anschließt an Ludwig Erhard. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Die Zahl der Wortmeldungen für die Generaldebatte hat sich inzwischen weiter vergrößert. Meine Bitte ist, daß die Rednerliste für die Generaldebatte jetzt geschlossen wird. Darf ich fragen, ob zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht wird? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen möchte, daß mit den vorliegenden Wortmeldungen die Rednerliste zu den Stuttgarter Leitsätzen geschlossen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich habe eben festgestellt, daß mein erster Appell, sich hinsichtlich der Redezeit möglichst zu beschränken, doch nicht auf so fruchtbaren Boden gefallen ist, wie ich das erhofft hatte. Deswegen möchte ich meine Bitte noch konkreter äußern: Die Redner sollten nicht länger als zehn Minuten sprechen. Die jüngsten Erfahrungen, die wir damit im Bundestag gemacht haben, zeigen, daß das der Lebendigkeit der Debatte nicht zu schaden braucht.

Als nächster hat jetzt das Wort Ministerpräsident Zeyer. Ihm folgen Professor Biedenkopf und Ministerpräsident Späth.

Werner Zeyer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit den Stuttgarter Leitsätzen zeigt die Christlich Demokratische Union ihre politischen Perspektiven für die 80er Jahre auf. Ein zentraler Punkt dieser politischen Perspektiven - das ist in einer Reihe von Beiträgen am heutigen Vormittag deutlich geworden - ist das Kapitel "Neugestaltung von Arbeitsmarkt und Arbeitszeit".

Meine Freunde, die Formulierungen zu Ziffer 42 der Leitsätze geben die Position der Partei zutreffend wieder. Sie sollten aber, so meine ich, in der Diskussion auf dem heutigen Parteitag verdeutlicht und auch in einigen Punkten zum besseren Verständ-

